

Politik der Heuß und Adenauer, Blücher, Kaiser und Schumacher nicht Einhalt gebietet, könnte das Ende nur sein, daß Deutschland erneut zum Kriegsschauplatz würde und das, was in mühevoller Aufbauarbeit aus Ruinen wiederhergestellt wurde, erneut vernichtet würde. Aber noch in anderer Hinsicht bewahrheitet sich heute in Westdeutschland die Leninsche Beurteilung der Lage unter dem Imperialismus. Im Anschluß an die oben zitierten Zeilen fuhr Lenin fort:

„Die imperialistische Ideologie dringt auch in die Arbeiterklasse ein. Diese ist nicht durch eine chinesische Mauer von den anderen Klassen getrennt.“

Wie Lenin die Scheidemann und Südekum „Sozialimperialisten“ nannte, so können wir die Schumacher und Ollenhauer heute nicht anders nennen. Sie sind die bedenkenlosesten Einpeitscher der Politik des amerikanischen Imperialismus in Deutschland. Sie sind die skrupellosesten Hetzpostel gegen die Deutsche Demokratische Republik. Sie sind auch die Kriegshetzer gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien. Sie sind die neuen Trommler zum dritten Weltkrieg. Als hätte Lenin diese Entwicklung der Opportunisten vorausgesehen, schrieb er bei der Untersuchung der Wirkungen des Imperialismus auf die Arbeiterklasse:

„In Wirklichkeit ist die besonders schnelle und besonders widerwärtige Entwicklung des Opportunismus keineswegs eine Garantie seines dauernden Sieges, wie auch die schnelle Entwicklung eines böartigen Geschwürs an einem gesunden Organismus nur das Aufbrechen des Geschwürs, die Befreiung des Organismus von diesem beschleunigen kann. Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampfe gegen den Opportunismus.“

Die Träger des imperialistischen Einflusses auf die Arbeiterklasse sind heute in der Person der Schumacher und Ollenhauer, Neumann und Carlo Schmid die Hauptfeinde der Einheit der Arbeiterklasse, Helfershelfer der Kriegstreiber und Lakaien des Imperialismus. Ohne daß die ehrlichen Mitglieder und Funktionäre der SPD systematisch und beharrlich über die verhängnis-

volle Politik dieser reaktionären rechten Führer aufgeklärt werden, kann sich auch keine erfolgreiche Zusammenarbeit und Aktionseinheit entwickeln. Diese Aktionseinheit zu schaffen wird aber im Kampf gegen die Folgen der anglo-amerikanischen Kriegspolitik, gegen Arbeitslosigkeit und Lohndruck, gegen Steuerraub und Teuerung, gegen Neofaschismus und Remilitarisierung zu einer lebensnotwendigen und brennend-aktuellen Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter.

Bei dieser Betrachtung einiger aktueller Lehren Lenins vom Kampf gegen Imperialismus und Krieg und ihrer Anwendung auf unsere heutige Situation darf man jedoch die gewaltigen Veränderungen nicht vergessen, die das Gesicht der Welt von Grund aus umgestaltet haben. Seit dem Tode Lenins ist die Sowjetunion dank der klugen und weitsichtigen Leninschen Politik des Genossen Stalin zu der sozialistischen Großmacht geworden, ohne die in keiner einzigen nennenswerten Frage der Weltpolitik eine Lösung von Dauer gefunden werden kann. Das gilt auch für die deutsche Frage. An der Seite der Sowjetunion stehen heute so große Staaten wie die Volksrepublik China und die volksdemokratischen Länder. Sie ist die Führerin auch der Friedenskräfte, die in allen imperialistischen Ländern immer organisierter und stärker gegen die Kriegstreiber und für den Frieden kämpfen. „Zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit ist“, wie es in der Resolution des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien heißt, „unter der Führung der Sowjetunion, des Bollwerkes und Bannerträgers des Weltfriedens, eine organisierte Friedensfront entstanden.“

Daraus hat sich auch für den Kampf der Friedenskräfte in Deutschland eine veränderte Situation ergeben. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte können sich die Friedenskämpfer auf eine feste, staatliche Grundlage, auf die Deutsche Demokratische Republik, stützen. Sie ist von allen Staaten des großen Friedenslagers anerkannt. Die friedliebenden sozialistischen und volksdemokratischen Staaten haben auch das Recht des deutschen Volkes auf die Wiederherstellung seiner nationalen Einheit auf demokratischer Grundlage, sein Recht auf einen Friedensvertrag einschließlich des Abzuges aller Besatzungstruppen anerkannt.

Damit ist zugleich die Gretchenfrage des heutigen Deutschlands gestellt. Wie hältst du es mit der demokratischen Einheit, mit dem Friedensvertrag und dem Abzug aller Besatzungstruppen? Die Mächte, die diese drei Grundforderungen des deutschen Volkes ablehnen, offenbaren damit den imperialistischen Raubcharakter ihrer Politik, enthüllen damit ihre Kolonialpläne gegenüber Deutschland. Wer aber gar als Deutscher diese drei Grundforderungen ablehnt — und bekanntlich tun das die Heuß, Adenauer und Schumacher —, der beweist damit, daß er ein Verräter an den nationalen Interessen des deutschen Volkes, ein Lakai des anglo-amerikanischen Imperialismus, ein Helfershelfer der Kriegstreiber ist. Diese Fragen sind in Deutschland klar und scharf gestellt.

Aus dieser Situation ergibt sich aber auch, daß der Kampf um die Sicherung des Friedens in Deutschland unlösbar mit der politischen und wirtschaftlichen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik verbunden ist. Darum gehören zu den Aufgaben der Komitees der Nationalen Front in unserer Deutschen Demokratischen Republik auch die Fragen der Festigung der demokratischen Ordnung, der raschen und guten Erfüllung des Volkswirtschaftsplans und die allgemeine Hebung der Lebenslage der Bevölkerung. Auf diese Weise tragen die Komitees der Nationalen Front dazu bei, daß unsere Deutsche Demokratische Republik ihre geschichtliche Rolle als das große Beispiel, als der feste Rückhalt für alle friedliebenden nationalen Kräfte in ganz Deutschland erfüllen und immer größere Anziehungskraft ausüben kann.

Wir haben das Schicksal unseres Landes in unsere eigenen Hände genommen und damit den anglo-amerikanischen Kriegstreibern eine Niederlage bereitet. Das heißt nicht, daß der Kampf schon gewonnen wäre. Wir stehen vielmehr erst am Anfang des Weges. Wir werden jedoch mit Erfolg auf ihm weiterschreiten, wenn wir den Kampf um den Frieden, um die demokratische Einheit Deutschlands, um die politische und wirtschaftliche Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik zum Hauptinhalt unseres Kampfes und unserer Arbeit machen. Mit diesem Kampf stehen wir heute fest in der organisierten Friedensfront unter der Führung der Sowjetunion, deren Solidarität uns sicher ist.

Diese Gewißheit gibt uns die Versicherung des Genossen Stalin, des „Lenin unserer Tage“, der in seiner Grußbotschaft an den Präsidenten und Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik sagte:

„Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, daß Sie, wenn Sie diesen Weg einschlagen und den Frieden festigen, eine große Sympathie und aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter auch des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.“

Sich aller dieser Aufgaben bewußt zu werden und an ihre Erfüllung mit aller Kraft heranzugehen, das ist unser heiliges Gelöbnis am 26. Todestage unseres großen Lenin, das wir zur Rettung unseres Vaterlandes vor einem neuen Krieg erfüllen müssen.

*„Tägliche Rundschau“, Berlin,
22. Januar 1950.*

Neue Aufgaben für die Wissenschaft

Rede vor Nationalpreisträgern am 30. Januar 1950

Eigentlich finden sich in jedem Abschnitt unseres Volkswirtschaftsplans neue Aufgaben für Sie und die große Zahl Ihrer Kollegen, die in den Universitäten, Instituten, Versuchsstationen und Betrieben mit Ihnen zusammen arbeiten. Darum sollte unsere heutige zwanglose Zusammenkunft auch dazu dienen, Sie und alle Ihre Kollegen auf die großen Möglichkeiten aufmerksam zu machen, die der Plan unseres wirtschaftlichen Aufbaus für die volle Entfaltung der wissenschaftlichen Tätigkeit in sich birgt, und die großen Verpflichtungen, die sich daraus für Sie ergeben.

Unsere imperialistischen Gegner und ihre dienstfertigen Schreiberlinge spotten gern darüber, daß wir angeblich auch die Wissenschaft und Forschung reglementieren und in das Prokrustesbett eines Planes zwingen wollen. Es macht den Herren nichts aus, daß die großen Konzerne der kapitalistischen Welt Forschungsergebnisse und Erfindungen aufkaufen und sie der Vergessenheit überantworten, nur damit ihr Profitstreben nicht gestört wird.

Wir aber zeigen die großen Aufgaben, die für den Wiederaufstieg unseres Volkes zu erfüllen sind. Wir zeigen den Weg, auf dem durch die Mobilisierung aller geistigen und körperlichen Kräfte unseres Volkes sein Wiederaufstieg zu einer freien und unabhängigen Nation möglich ist. Wir fordern von unseren Wissenschaftlern und Forschern, Ingenieuren und Technikern, daß sie alle ihre Fähigkeiten einsetzen, um diese großen Aufgaben zum Wohle unseres Volkes, ja, ich darf sagen, zum Wohle der Menschheit zu erfüllen. Ja, wir fordern dies nicht nur, sondern wir tun auch unser möglichstes, um die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, daß sie diese Aufgaben auch erfüllen können. Wir stellen große Mittel für den Ausbau und den Neuaufbau wissenschaftlicher Forschungsinstitute zur Verfügung. Wir

wollen den Wissenschaftlern und Künstlern ein materielles Leben garantieren, das ihnen die volle und ungeschmälerte Konzentration auf ihre entscheidenden Aufgaben ermöglicht.

BRENNENDE PROBLEME

Aber wir erlauben uns auch, auf besonders brennende Aufgaben hinzuweisen, da wir wissen, daß wir das im Interesse unseres Volkes ebenso wie im Interesse der Wissenschaft selbst tun. Darum sieht unser Plan unter dem Abschnitt „Forschung und Entwicklung“ auf den Gebieten der Industrie, der Landwirtschaft und Ernährung, des Verkehrs und des Gesundheitswesens eine ganze Reihe konkret benannter Aufgaben vor, auf die ich die Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker der entsprechenden Fachgebiete ganz besonders aufmerksam machen möchte. Aus unseren Existenzbedingungen nach der Hitlerkatastrophe ergibt sich mit zwingender Selbstverständlichkeit, daß wir der Erschließung neuer Rohstoffquellen, dem erhöhten Nutzeffekt der Kohle- und Holzverwertung, der Forschung in der Fettsynthese, in der Zellstoffproduktion, in der Herstellung und Anwendung von Kunststoffen ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Ein Blick auf unsere zerstörten Städte und Dörfer lehrt uns, daß wir neue Baustoffe und neue Fertigungsverfahren in der Bauwirtschaft finden müssen.

Und so ließe sich noch eine große Zahl von Problemen nennen, die den Wissenschaftler, der mit seinem Volk lebt und fühlt, geradezu reizen müssen, alles daranzusetzen, um das Beste zur Lösung der im Plan gestellten Aufgaben beizutragen. Ich bin überzeugt, die Nationalpreisträger werden an erster Stelle in diesem Wettstreit für das Wohl unseres Volkes und der Menschheit stehen.

Die Bilanz des ersten Jahres unseres Zweijahrplans ist außerordentlich erfreulich. Die Aufgaben für das zweite Jahr sind noch größer und werden sicher mit nicht geringerem Erfolg erfüllt. Angesichts dieser Entwicklung und unserer Pläne für die Zukunft weiß der Gegner nichts Besseres, als seine dummen Hetzlügen täglich von neuem zu wiederholen, obwohl sie schon bis

zum Erbrechen langweilig sind. Er holt sich dabei eine Blamage nach der anderen. Ich möchte Ihnen dafür ein kleines, aber lehrreiches Beispiel geben.

Nachdem ich mein Amt als Präsident unserer Republik angetreten hatte, machte ich einige Reisen durch die Länder unserer Republik. Ich versäumte dabei nicht, auch unsere Universitäten und Kulturstätten aufzusuchen. Im Physikalischen Institut in Jenà hörte ich eine kleine Vorlesung über Atomphysik mit an. Im Anschluß daran trug Herr Prof. Dr. Kersten auf meine Aufforderung vor versammeltem Auditorium einige Wünsche und Beschwerden vor. Ich muß Ihnen sagen, ich freute mich über den Freimut, mit dem das gesagt wurde. In einigen Fragen konnte ich die Landesregierung Thüringen sofort um Erledigung bitten, in anderen Fragen mußte ich das Volksbildungsministerium darum ersuchen.

Kurze Zeit darauf aber gaben westdeutsche, englische und amerikanische Rundfunksender über diesen Vorgang einen vollkommen entstellten Bericht in die Welt, in dem Herrn Prof. Dr. Kersten in Aussicht gestellt wurde, daß ich wegen seiner Ausführungen seine Entlassung und Verhaftung veranlassen würde. Im Laufe der vorigen Woche aber erhielt der Chef meiner Privatkanzlei von Herrn Prof. Dr. Kersten einen Brief, aus dem ich Ihnen am besten einige Sätze vorlesen werde:

„Ich habe mit großer Freude davon Kenntnis genommen, daß schon auf Grund meiner mündlichen Ausführungen bei dem Besuch des Herrn Präsidenten in meinem Institut weitgehende Maßnahmen zur Erleichterung unserer Arbeit und zur allgemeinen Förderung der Physik eingeleitet worden sind.

Ich habe dem Herrn Präsidenten bisher noch nicht die erbetene schriftliche Zusammenstellung von Wünschen und Verbesserungsvorschlägen für das Physikalische Institut in Jena eingesandt. Ich erlaube mir, diese Verzögerung damit zu begründen, daß seither verschiedene Aussprachen über den Ausbau der Physik in Jena stattgefunden haben.

Bei dieser Sachlage erscheint es mir zweckmäßig, an den Herrn Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik ein 2. Exemplar unserer in dieser Weise vorgesehenen Zusammenstellung einzureichen. Die Wünsche und Vorschläge, die ich von mir aus schriftlich vorgebracht hätte, werden in diesem größeren Rahmen mit berücksichtigt.“

Wie Sie sehen, ist Herr Prof. Dr. Kersten weder entlassen noch verhaftet worden, sondern seine offene Kritik hat zur Abstellung vorhandener Mängel geführt, wiewohl es nicht immer möglich ist, allen Wünschen sofort gerecht zu werden. Immerhin möchte ich aber wünschen, daß die offene Aussprache zwischen den Trägern der Wissenschaft und Kunst unserer Deutschen Demokratischen Republik und ihrem Präsidenten und der Regierung zur allgemeinen Regel im Interesse unserer gemeinsamen Arbeit wird. Damit werden wir den Hetzaposteln, die ihren eigenen Kulturverfall mit der Verleumdung unserer Republik verdecken wollen, die beste und wirksamste Abfuhr erteilen.

Was ich bisher für unsere Wissenschaft und Forschung, über die Tätigkeit unserer Ingenieure und Techniker gesagt habe, gilt sinngemäß natürlich auch für unsere Künstler und Kulturschaffenden. Das Goethejahr ist vorbei, aber es bleibt die große Aufgabe, die Werke unserer Klassiker wirklich zum Eigentum unseres gesamten Volkes und vor allem seiner heranwachsenden Generation zu machen. Auch auf diesem Gebiet haben wir große Erfolge zu verzeichnen. Nicht nur die repräsentativen Theater Berlins, sondern auch die Theater unserer Landeshauptstädte, ja sogar vieler Provinzstädte spielen sich durch ihre Inszenierungen immer mehr in den Vordergrund unseres kulturellen Lebens. Dennoch möchte ich Sie auf eine große Aufgabe aufmerksam machen, deren Lösung erst in ihrem Anfangsstadium ist. Wie Sie wissen, legen wir großen Wert auf den Bau von Kulturhäusern und die Einrichtung von Klubs in den volkseigenen Betrieben, in den Maschinenausleihstationen und auf den volkseigenen Gütern. Wir setzen dafür auch große Mittel ein.

Wenn diese Mittel aber ihren Zweck erreichen sollen, dann ist es die Aufgabe unserer besten Ensembles, unserer hervorragendsten Künstler und Schauspieler sowie unserer besten Musiker, das Programm dieser Kulturhäuser und Klubs durch ihre Leistungen zu bereichern. Sie werden damit zugleich die Entwicklung der natürlichen Talente aus den Reihen unserer Arbeiter und Bauern auf das beste fördern. Das ist eine große Aufgabe, die viel Takt, viel Einfühlungsvermögen und die besten künstlerischen Leistungen erfordert. Ich hoffe, daß unsere Natio-

nalpreisträger aus den Reihen der Bühnenkünstler und Musiker diese Aufgabe nicht unterschätzen werden.

Meine Damen und Herren! Sie waren die ersten, die mit dem Nationalpreis ausgezeichnet wurden. Wie Sie wissen, sollen die Nationalpreise in jedem Jahr verliehen werden. Das Vorschlagsrecht dafür liegt bei den wissenschaftlichen und künstlerischen Instituten, bei den Massenorganisationen und den zuständigen Verwaltungen. Für die beiden Kategorien der Nationalpreisträger „Wissenschaft und Technik“ und „Kunst und Kultur“ werden die vorgesehenen Ausschüsse die eingereichten Vorschläge genau überprüfen und die ausgewählten Kandidaten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Begutachtung vorschlagen. Wir wünschen aber, daß über die Kandidaten und ihre Leistungen eine breite demokratische Diskussion entfaltet wird, in der die Leistungen der nominierten Bewerber voll und ganz gewürdigt werden können. Es wird auch eine Aufgabe der bisherigen Nationalpreisträger sein, zur Entfaltung einer solchen breiten, alle Volksschichten erfassenden Diskussion beizutragen.

Die Verleihung der Nationalpreise war bekanntlich in der Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vorgesehen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird sie in einer besonderen Kulturverordnung übernehmen. Darüber hinaus aber wird diese zu erwartende Kulturverordnung umfangreiche Bestimmungen für die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten aller Intellektuellen bringen, so zum Beispiel die Schaffung und Einrichtung neuer Forschungsinstitute, den Ausbau wissenschaftlicher Institute und Hochschulen, die notwendigen Bestimmungen für die Errichtung der Deutschen Akademie der Künste, den Bau von Arbeitsräumen und Ateliers usw. Dabei wird die Regierung unserer Deutschen Demokratischen Republik in ihrer Kulturverordnung unzweideutig ihren Willen zum Ausdruck bringen, nur die Kräfte zu unterstützen, deren Wirken dem Volke dient und damit dem Aufbau und der Festigung unserer demokratischen Ordnung. Verteidiger und Vertreter des Kosmopolitismus und volksfremder künstlerischer Experimente werden nicht auf eine besondere Förderung rechnen können. Diese geplante Kulturverordnung soll ein wesent-

licher Beitrag in unserem Kampf um eine demokratische Kultur, in unserem Kampf um die Erhaltung der kulturellen Einheit unserer Nation sein.

Meine Damen und Herren! Aus allem bisher Gesagten ergibt sich schon, daß das Jahr 1950 ein Jahr großer Aufgaben und angestrengter Arbeit für alle sein wird. Es ist das Jahr des 200. Todestages Johann Sebastian Bachs und das Jahr, in dem sich der Gründungstag der Akademie der Wissenschaften zum 250. Male jährt. In beiden Fällen geht es um das große Erbe der deutschen Kultur und Wissenschaft. Die Regierung wird darum alles tun, daß die Feiern und Veranstaltungen aus diesem Anlaß nicht Angelegenheit einer kleinen auserlesenen Minderheit bleiben, sondern zur Angelegenheit breitester Schichten des werktätigen Volkes werden. Wir werden an diesen beiden Tagen erneut unter Beweis stellen, daß es uns um die Wahrung und Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation, ihrer Kultur und Wissenschaft geht.

Wir wollen durch unsere Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik den Beweis dafür erbringen, daß wir die deutsche Wissenschaft und Kultur am besten wahren und mehren, indem wir für eine echte demokratische Einheit Deutschlands kämpfen. In diesem Sinne möchte ich abschließend wünschen, daß Sie als Nationalpreisträger und alle Ihre Kollegen zu bewußten und entschlossenen Mitkämpfern der Nationalen Front des demokratischen Deutschland werden. Das braucht nicht immer in Versammlungen, Kundgebungen und Deklarationen zu geschehen. Das kann manchmal noch besser durch wissenschaftliche und künstlerische Leistungen geschehen, durch die unter Beweis gestellt wird, daß unsere Deutsche Demokratische Republik ein sicherer Hort wissenschaftlicher Arbeit und künstlerischen Schaffens ist.

*„Neues Deutschland“, Berlin,
31. Januar 1950.*

Wovon die Massen überzeugt werden müssen

Aus der Rede auf der Pressekonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin am 9. Februar 1950

Genossinnen und Genossen! Genosse Korb hat ein Lob über mich unberechtigterweise ausgesprochen, und zwar über die Wahrnehmung von Aufgaben, zu deren Erfüllung ich laut Parteistatut verpflichtet bin. Ich hätte eher Kritik als ein Lob erwartet, denn ich bin mir dessen bewußt, daß wir den Notwendigkeiten, mit denen die beiden Vorsitzenden sich um die Presse kümmern müssen, in keiner Weise gerecht geworden sind. Das ist aber nicht böse Absicht, sondern das erklärt sich aus vielen Dingen, die erledigt werden müssen, so daß wir uns immer noch nicht genügend um die Parteipresse kümmern.

Diese Konferenz ist die erste, die wir innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in dieser Breite abhalten. Veranlaßt werden wir zu einer solchen Konferenz durch die Zuspitzung der Lage, wie sie sich in Deutschland und auch international gestaltet. Es ist klar, daß wir bei dieser Zuspitzung der Lage bei weitem noch nicht unsere Aufgabe erfüllen, die Partei zu stärken und zu befähigen, die breitesten Volksmassen für unseren Kampf zu mobilisieren.

Der Parteivorstand hat am 1. Januar dieses Jahres einen Aufruf an das deutsche Volk gerichtet und in diesem Aufruf die wichtigsten Aufgaben des kommenden Jahres entwickelt und dabei als Hauptaufgabe die breiteste Entfaltung und Entwicklung und Stärkung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland als eines Teils der Weltfriedensfront bezeichnet.

Ich möchte hier an die Spitze der Aufgaben der Partei diese Aufgabe stellen, denn es geht bei dieser Aufgabe darum, den Kampf um die Einheit Deutschlands, um die Erreichung eines Friedensvertrages und den damit in Verbindung stehenden Abzug der Besatzungstruppen auf breitester Front zu entwickeln, so daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wieder vollkom-

men selbständig über sein eigenes Geschick zu entscheiden vermag.

Damit in engstem Zusammenhang steht in Anbetracht der Kriegshetze und der Kriegsvorbereitungen der Kampf um den Frieden, der Kampf um die innere Entwicklung in Deutschland auf einer Basis, auf der das werktätige Volk den entscheidenden Einfluß ausübt, also der Kampf um eine wirkliche Demokratie, und ferner der Kampf um den wirtschaftlichen Aufstieg auf einer Basis, die es ermöglicht, die Lebenshaltung des werktätigen Volkes ständig zu verbessern.

Das sind die positiven Aufgaben, die in dieser Zeit gelöst werden müssen, und zwar je schneller um so besser, weil wir die Gefahr sehen, die vor dem deutschen Volke steht: die Maßnahmen, die in dem abgespaltenen Teil Deutschlands, in Westdeutschland, von den imperialistischen Westmächten fortgesetzt unternommen werden, um aus diesem Teil Deutschlands eine Kolonie des amerikanischen Imperialismus zu machen, und nicht nur eine Kolonie, sondern auch ein Aufmarschgebiet für einen neuen Krieg.

Das ist eine sehr ernste Gefahr, die uns die große Verpflichtung und Verantwortung auferlegt, alles zu unternehmen, um in ganz Deutschland das werktätige Volk insbesondere für den gemeinsamen Kampf gegen diese Spaltung, gegen diese Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte zu mobilisieren.

Das ist die Entwicklung, die uns verpflichtet, nicht nur Augen und Ohren offenzuhalten, sondern alles zu tun, daß die werktätigen Massen in unserer Republik, aber auch vor allen Dingen im Westen Deutschlands verstehen, um was es den westlichen Besatzungsmächten geht und was getan werden muß, um das deutsche Volk vor einer neuen Katastrophe zu bewahren.

Alle diese Tatsachen dem gegenübergestellt, was wir erreichen müssen, zeigen den großen Gegensatz auf, der zwischen den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen und Bestrebungen der westlichen Besatzungsmächte besteht. Ein Gegensatz, der unüberbrückbar ist und der nur gelöst werden kann, wenn das deutsche Volk in seiner Gesamtheit vermag, sich aus der Sklaverei der Westmächte zu befreien. Und das ist nur möglich an der Seite der Sowjetunion, nur möglich

in Gemeinschaft mit den volksdemokratischen Ländern durch Stärkung des Friedenslagers, um schließlich die westlichen Besatzungsmächte zu zwingen, von ihren Plänen Abstand zu nehmen und Deutschland zu verlassen.

Wir glauben und sind der festen Überzeugung, daß es gelingen muß, einen solchen Widerstand im deutschen Volke zu erzeugen, daß die westlichen Mächte einsehen, daß sie für ihre verbrecherischen Pläne keinen einzigen Deutschen mehr finden und auf den einheitlichen Widerstand des gesamten deutschen Volkes stoßen werden.

Vor uns steht als erstes die Frage der Formierung der Kampffront für diesen Kampf um Einheit und Frieden. Das ist eine Aufgabe, die innerhalb des deutschen Volkes zu lösen ist und nicht verstanden werden kann als eine Nationale Front etwa gegen andere Völker, sondern als die Kampffront innerhalb des deutschen Volkes gegen seine eigenen Unterdrücker, zu denen auch die deutschen Monopolkapitalisten gehören, die durch die westlichen Besatzungsmächte Unterstützung bekommen und Morgenluft wittern zur Wiederaufrichtung ihrer alten Machtbefugnisse.

Das ist unsere Aufgabe: diese Nationale Front soll die Front des deutschen Volkes sein gegen die Bedrohung des Friedens, für die Einheit Deutschlands, für den Friedensvertrag, der dem deutschen Volke die Rechte einräumt, die ihm in der bekannten Vereinbarung von Potsdam zugesichert worden sind.

Wenn wir die Entwicklung des letzten Jahres überprüfen, so können wir sagen, daß wir mit diesem Gedanken, dieser Aufgabenstellung der Schaffung der Nationalen Front gewisse Resultate und Erfolge erzielt haben, vor allen Dingen in unserer Republik, wo wir in viel freierer Weise die Möglichkeit haben, an die Massen heranzukommen, obwohl sich auch hier der Widerstand der Lüge und Verleumdung durch die Westpresse bemerkbar macht.

Wir haben gewisse Fortschritte auch im Westen zu verzeichnen. So auch, daß bürgerliche Kreise auftreten, die begreifen, wohin die Politik der Westmächte führt, und die in irgendeiner Form versuchen, sich schließlich doch abzugrenzen und einen Widerstand gegen diese Politik zu entfalten. Das sind noch nicht Auffassungen und Bestrebungen, die vollkommen kon-

form gehen mit denen, wie wir sie durch die Nationale Front durchsetzen wollen, aber doch Anknüpfungspunkte werden, um diese Kreise einzubeziehen in diesen großen Kampf um die Einheit und für den Frieden.

Hier ist schon eine sehr ernste Aufgabe unserer Presse und natürlich auch des Rundfunks, indem wir von uns aus ständig versuchen die Notwendigkeit, die Bedeutung der Nationalen Front in der Presse durch die mannigfaltigsten Argumente darzulegen. Wir sollen uns nicht damit begnügen, gute Resolutionen und Manifeste zu beschließen, sie zu veröffentlichen, aber dann „den Dingen ihren Lauf zu lassen“. Wir sind uns darüber klar, daß wir die Frage der Nationalen Front als der entscheidenden Kampfaufgabe vor dem Volke stellen müssen, daß wir das aber nur erreichen werden, wenn wir wirklich ernsthaft alle verfügbaren Argumente für die Notwendigkeit der Nationalen Front in die Massen hineinhämmern, hineinhämmern mit allem Nachdruck und ernstesten Argumenten, um den Massen klarzumachen: nur *dieser* Weg führt dazu, das deutsche Volk vor der Katastrophe eines weiteren Krieges zu bewahren.

Das müssen sich unsere Genossen in den Redaktionen immer wieder vor Augen halten. Was auch sonst der Tag erfordert: Diese Standardaufgabe muß immer wieder von den Genossen in den Vordergrund gestellt werden.

Genossen! Eine andere gleich wichtige und große Aufgabe ist die Erfüllung und Übererfüllung des Wirtschaftsplans für 1950. Es ist eine Notwendigkeit für unsere Genossen von der Presse, diesen Wirtschaftsplan sehr eingehend zu studieren und in allen Einzelheiten den Massen begreiflich zu machen, welche Bedeutung die Erfüllung und Übererfüllung dieses Plans für die weitere Verbesserung der Lebenshaltung und Stärkung unserer Positionen in der Republik hat.

Ich brauche hier nur hinzuweisen auf solche Notwendigkeiten, den Intellektuellen klarzumachen, welche Bedeutung dieser Plan für ihre wirtschaftlichen Positionen, ihre geistige Entwicklung und selbstverständlich auch für ihre Verpflichtung hat, zur Unterstützung der Verwirklichung des Plans beizutragen.

Es gilt auch der Jugend diese Bedeutung klarzumachen und sie mit Einsatz ihrer ganzen Begeisterung und Befähigung für

die Erfüllung dieses Plans zu gewinnen. Bei der Jugend ist das nicht so schwer. Wir haben bei der Jugend eine Entwicklung hinter uns und stehen in einer Entwicklungsphase, die wahrhaftig jeden mit der größten Freude erfüllt, der sieht, welche Entwicklung die Freie Deutsche Jugend mit den Pionieren genommen hat, der den Willen und den Geist sieht, der sich in dieser Organisation entwickelt. Und mit Stolz sehen wir hier in Deutschland, wie auch im Auslande die FDJ sich ein Ansehen verschafft hat, das auch eine Widerspiegelung findet in der gesamten Arbeit, die von der Partei und ihren Organisationen geleistet wird.

Eine dritte wichtige Aufgabe ist die Festigung der demokratischen Ordnung. Wir können mit einigem Stolz sagen, daß wir nicht zum geringsten dank der großen Unterstützung durch die Sowjetunion in unserer Republik eine Ordnung entwickelt haben, bei der schon der entscheidende Einfluß bei den werktätigen Massen liegt.

Hier ist aber, wie wir sehen müssen, doch nicht alles so einfach, wie das so zunächst in einer Rede oder in einem Artikel erscheint. Wir sollten sehen, daß die Feinde dieser demokratischen Entwicklung nicht schlafen, sondern emsig am Werke sind, diese Ordnung zu stören, Mißtrauen und Zwietracht zu säen, einen Widerstand gegen diese Ordnung herbeizuführen. Das merken wir am besten hier in Berlin, wo ihre Lügenpresse in ausgewachsenem Maße verbreitet wird.

Eine weitere große Aufgabe unserer Presse ist, zu verhindern, daß die Massen das Opfer dieser Lügenhetze werden, sie im Gegenteil in die Lage zu versetzen, in wachsendem Maße die Lügen zu durchschauen. Hier liegen große Schwächen, weil wir nicht verstehen, in wirklich überzeugender Weise unsere großen Erfolge vor den Massen darzulegen, und nicht in genügend scharfer Weise die Versuche der Gegner zurückweisen.

Vor der SED steht die große Aufgabe, die Massen darüber aufzuklären, welche Gefahren aus der Entwicklung der Reaktion in den bürgerlichen Parteien für die Durchführung unserer Aufgaben erwachsen.

Es ist Aufgabe der werktätigen Massen, dafür Sorge zu tragen, daß diese Parteien befreit werden von jenen reaktionären Ele-

menten und daß eine Politik gesichert ist, die in die Linie unserer bisherigen Politik der Entwicklung des Aufbaus, der Friedenswirtschaft und der Demokratie liegt.

Dazu müssen wir eindeutig herausstellen: unsere Politik liegt im Interesse des deutschen Volkes, liegt im Interesse der Sicherung des Friedens, liegt im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaus, und jeder, der etwas anderes will, ist nicht ein Freund, sondern ein Feind des deutschen Volkes. Das muß bewiesen werden. In dieser Beweisführung müssen unsere Redaktionen sich große Mühe geben.

Wir müssen den Massen verständlich machen: Die Erfolge, die wir bei uns erzielt haben, waren nur möglich dank der Einheit der Parteien, dank der Einheit des Blocks und der Kräfte, die im Block zusammen gearbeitet haben, im Gegensatz zu dem Parteikrakeel, der sich im Westen abspielt und wo die westlichen Besatzungsmächte es sehr leicht haben, nun die Parteien gegeneinander auszuspielen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Das war bei uns nicht möglich. Hier konnte sich niemand einschalten, um ein solches Zersetzungswerk zu betreiben. Wir konnten alle unsere Maßnahmen durchführen dank der einheitlichen Politik, wie wir sie auf Grund unserer Initiative im Block durchgeführt haben.

Diese Einheit ist ein großes Plus auch im Kampf gegenüber den Zersetzungsmaßnahmen, die vom Westen her betrieben werden.

Es muß fest in den Köpfen und Hirnen der Massen sitzen, daß die Einheit der Werktätigen die Regierung gebildet und die Republik geschaffen hat. Diese Einheit ist das Lebenselement unserer Politik, so daß jeder, der kommt und sagt, wir wollen Parteikämpfe machen, von den Massen zurückgewiesen wird.

Nur die Einheit innerhalb unserer Republik kann uns ermöglichen, den Kampf siegreich durchzuführen, der um die Einheit Deutschlands, um den Frieden geht.

So, Genossen, das sind die großen Aufgaben dieser vor uns stehenden Monate: Nationale Front, dann der Wirtschaftsplan, Festigung der demokratischen Ordnung. Das sind die großen Etappen dieses Jahres.

Schließlich haben wir noch zu Pfingsten den großen Aufmarsch

der Jugend in Berlin, das Deutschlandtreffen der FDJ. Wenn wir durch unsere Presse zur Unterstützung des Deutschlandtreffens in der ganzen Republik beitragen, werden wir damit am tatkräftigsten auch die Arbeit der Partei, der Gewerkschaften und der Regierung unterstützen.

Das sind wohl die wichtigsten Aufgaben, an die wir denken müssen.

Unsere Genossen Redakteure sollen sich immer in ihrem Notizbuch notieren: diese Dinge darfst du nicht vergessen. Was man dazu zu schreiben hat, weiß man dann schon. Sie vergessen diese Dinge nur meist. Aber es kommt darauf an, daß wir wirklich versuchen müssen, planmäßig zu arbeiten, auf längere Frist die Aufgaben festzulegen, zu notieren: die und die Dinge müssen in dieser Zeit behandelt werden, damit werde ich den Genossen Sowieso beauftragen.

Ich denke, daß die weitere Behandlung unserer Tagesordnung noch viele weitere Anregungen dafür geben wird, und hoffe, daß unsere erste Pressekonferenz einen großen Gewinn bringen wird für die Durchführung der Aufgaben und auch eine gewisse Herzerfrischung durch die Kritik, die geübt werden muß; denn ohne Kritik kommen wir nicht aus. Das ist keine Bosheit, sondern es gilt, den anderen zu helfen und ihnen zu zeigen, wie es besser gemacht werden muß.

*„Neues Deutschland“, Berlin,
10. Februar 1950.*

Molotows Kampf für Deutschlands Einheit

*Aus der Rede anlässlich des 60. Geburtstages von W. M. Molotow
am 9. März 1950*

Von besonderem Interesse ist für uns Molotows Kampf um die Erhaltung der Einheit Deutschlands und um die Gewährung eines gerechten Friedensvertrages für das deutsche Volk. Als die Vorarbeiten für die Friedensverträge mit Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Finnland und Italien im wesentlichen abgeschlossen waren, erklärte Molotow als erster in der Sitzung des Außenministerates am 10. Juli 1946:

„Nun ist die Zeit gekommen, wo wir die Frage des Schicksals Deutschlands und des Friedensvertrags mit Deutschland erörtern müssen.“

Die Sowjetregierung war stets der Meinung, daß der Wunsch nach Rache kein guter Ratgeber in solchen Dingen ist. Es wäre auch falsch, Hitlerdeutschland mit dem deutschen Volk gleichzusetzen, obwohl das deutsche Volk die Verantwortung für die Aggression Deutschlands und für deren außerordentlich schwere Folgen nicht von sich weisen kann.“

Molotow wandte sich in dieser Erklärung mit aller Schärfe gegen die Tendenzen, die auf eine Vernichtung Deutschlands als Staat oder auf seine Umwandlung in ein Agrarland und auf die Vernichtung seiner wichtigsten Industriezentren hinauslaufen. Er wies auf die Gefahren hin, die das für die Wirtschaft Europas und die Weltwirtschaft nach sich ziehen würde, um dann auszuführen:

„Deutschland hat schon seit langem einen wichtigen Platz im System der Weltwirtschaft eingenommen. Bleibt Deutschland ein einheitlicher Staat, so wird es auch weiterhin ein wichtiger Faktor des Welt Handels sein, was auch den Interessen der anderen Völker entspricht. Nähme man andererseits Kurs auf die Vernichtung Deutschlands als Staat oder auf seine Umwandlung in ein Agrarland und auf die Vernichtung seiner wichtigsten Industriezentren, so würde das dahin führen, daß Deutschland zu einer Brutstätte gefährlicher Revanche-

stimmungen wird, würde das der deutschen Reaktion in die Hand arbeiten und Europa der Ruhe und des stabilen Friedens berauben.

Man soll nicht zurück-, sondern vorwärtsblicken und sich darum sorgen, was zu tun ist, damit Deutschland ein demokratischer und friedliebender Staat mit entwickelter Landwirtschaft, Industrie und Außenhandel werde, dem jedoch die Möglichkeit entzogen ist, wieder als aggressive Kraft aufzuerstehen.“

So konnte nur ein Staatsmann sprechen, der ein aufrichtiger und ehrlicher Freund des deutschen Volkes ist. Und weil er das ist, darum wandte sich Molotow in dieser Rede gegen alle Versuche der Zerreißung und Föderalisierung Deutschlands, gegen die Lostrennung des Ruhrgebietes und forderte, daß das deutsche Volk das Recht erhalte, durch einen Volksentscheid über seine staatliche Einheit selber zu entscheiden.

Molotow trat schon damals für eine rasche Entwicklung der deutschen Erzeugung von Stahl, Kohle und Waren der Friedensindustrie ein und forderte die Ausarbeitung eines Programms für die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie sowie des deutschen Außenhandels. Um diese Politik des schnellen Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland, um dieses Programm der Entwicklung der deutschen Friedensindustrie und des deutschen Außenhandels durchführen zu können, forderte er weitere Maßnahmen, die zur raschen Bildung einer deutschen Regierung führen, die imstande wäre, den Friedensvertrag im Namen des deutschen Volkes abzuschließen.

Wie aber reagierte das imperialistische Amerika auf diesen Vorschlag der Sowjetregierung? Knapp zwei Monate später, am 6. September 1946, fuhr der damalige USA-Außenminister Byrnes im „Sonderzug des Führers“ nach Stuttgart, um dort im Opernhaus jene Rede zu halten, die den offenen Bruch des Potsdamer Abkommens einleitete:

„Sicherungsstreitkräfte werden unglücklicherweise wahrscheinlich noch lange Zeit in Deutschland bleiben müssen“,

sagte Byrnes und schlug den anderen Großmächten vor, für 25 oder sogar 40 Jahre einen Entmilitarisierungsplan durchzusetzen. Das war ein Programm der Verewigung der Besetzung Deutschlands. Zugleich aber wurde auch die Zerreißung Deutschlands praktisch in die Wege geleitet.

Byrnes verkündete in dieser Rede, daß die amerikanische und die britische Regierung beabsichtigen, ihre Besatzungszonen zu vereinigen. Damit nahm die Zweizonenpolitik ihren Anfang, die über den Frankfurter Wirtschaftsrat zur Gründung des westdeutschen Kolonialstaates im vorigen Jahr führte.

Um Frankreich zu ködern, erklärte Byrnes in dieser Stuttgarter Rede, daß die Vereinigten Staaten den Anspruch Frankreichs auf das Saargebiet, dessen Wirtschaft längst mit Frankreich eng verbunden sei, nicht verweigern können. An diese Tatsache zu erinnern ist gerade heute wichtig, da Frankreich die Annexion des Saargebietes zu vollenden sucht. Vielleicht begreift man in Westdeutschland angesichts des sogenannten Pariser Saarabkommens endlich, daß die Atlantikpakt- und Kriegspolitik Amerikas auf Kosten Deutschlands betrieben wird, ja, es mit nationaler Vernichtung bedroht. Wir aber wollen hier noch einmal feststellen — was übrigens auch schon von Molotow getan wurde —, daß die Losreißung des Saargebietes ein offener Bruch des Potsdamer Abkommens und darum rechtsungültig ist. Das deutsche Volk wird diese imperialistische Annexion niemals anerkennen.

Die Antwort des amerikanischen Imperialismus auf das Programm des sowjetischen Außenministers Molotow, das den Friedensschluß mit Deutschland, die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie und des deutschen Außenhandels zum Inhalt hatte, war also der offene und unverhüllte Kurs auf die Zerreißung Deutschlands, auf die Verewigung der Besetzung, auf die Zerstörung des deutschen Staates und die Schaffung eines westdeutschen Kolonialreiches als wirtschaftlicher und militärischer Stützpunkt des amerikanischen Imperialismus.

Die Etappen dieser Kolonisierung Westdeutschlands waren: der Abschluß des sogenannten Zweizonenwirtschaftsabkommens Ende November 1946 in Washington, die Bildung der Zweizonenverwaltung, die sogenannten Londoner Empfehlungen, die separate Währungsreform, die Verhängung des Besatzungsstatuts, die Gründung der Sicherheitsbehörde und der Erlaß des Ruhrstatuts.

All das fand schließlich seinen Abschluß in der Bildung der westdeutschen Kolonialregierung unter Heuß und Adenauer. Die

Sowjetregierung und ihr Außenminister Molotow haben nichts unversucht gelassen, um diese verhängnisvolle Entwicklung aufzuhalten, die Einheit Deutschlands zu wahren und die Möglichkeit zum Abschluß eines Friedensvertrages zu finden.

Als Außenminister der Sowjetunion hatte Molotow an den Konferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam teilgenommen. Auf diesen Konferenzen ist bekanntlich ein zäher Kampf um das künftige Schicksal Deutschlands ausgefochten worden. Dabei traten die Vertreter der englischen und der amerikanischen Regierung für die Zerstückelung Deutschlands ein. Ohne daß die Herren Marshall und Bevin einen Widerspruch wagten, konnte Molotow am 11. April 1947 auf der Moskauer Außenminister-tagung feststellen:

„In Teheran wurde wirklich ein Vorschlag über die Aufteilung Deutschlands in fünf Teile erörtert. Das war ein Vorschlag der Vereinigten Staaten von Amerika. Doch in Teheran gelangten wir zu keinerlei Entscheidung...

... etwa ein Jahr nach Teheran, und zwar im Oktober 1944“, kamen „Herr Churchill, der damalige Premierminister Großbritanniens, und Herr Eden, der damalige Außenminister Großbritanniens, nach Moskau. In den Verhandlungen mit der Sowjetregierung unterbreiteten Herr Churchill und Herr Eden im Namen der britischen Regierung ihren Plan der Aufteilung Deutschlands. Diesmal bestand der Vorschlag darin, Deutschland in drei Teile aufzuteilen. Die Verhandlungen führten auch dieses Mal zu keinerlei Entscheidung.“

Indem ich diese unwidersprochenen Feststellungen Molotows anführe, darf ich mir wohl die Frage erlauben: Wo sind die wirklichen, die wahren Deutschlandpläne des anglo-amerikanischen Imperialismus wohl so unverfälscht ausgesprochen worden? In diesen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen oder in den scheinheiligen Agitationsreden des Kolonialgouverneurs McCloy, der heute plötzlich versichert, die amerikanische Regierung wäre immer für die Einheit Deutschlands gewesen? Molotow hat auf der Moskauer Konferenz den dokumentarischen Beweis erbracht, daß die imperialistischen Vertreter Amerikas von Anfang an für die Zerreißung, für die Zerstückelung Deutschlands, für seine Auslöschung als selbständige, unabhängige Nation waren.

Wenn sich seit Teheran etwas geändert hat, so nur das: Nachdem es dem amerikanischen Imperialismus gelungen ist, die westdeutsche Kolonialpolitik unter seine Botmäßigkeit zu bringen, nachdem der amerikanische Gouverneur McCloy der wirkliche Herr Westdeutschlands geworden ist, möchte er seine koloniale Herrschaft auch auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ausdehnen. Er möchte auch unsere Wirtschaft für seine aggressive Kriegspolitik einsetzen, er möchte auch unsere Jugend für neue Kriegspläne mißbrauchen. Das ist der Sinn seines Geredes von der Einheit Deutschlands.

Darum wollen wir mit Herrn McCloy deutsch reden und ihm sagen: er wird bei uns keine solchen Dummköpfe finden, die ihm auf seine Leimruten gehen. Wir geben unsere demokratischen Errungenschaften für leere Versprechungen nicht preis. Wir betrachten unsere Deutsche Demokratische Republik als den festen Rückhalt der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die den Kampf um die demokratische Einheit unseres Vaterlandes allen Imperialisten zum Trotz zum Erfolg führen wird.

Bekanntlich sind die anglo-amerikanischen Zerstückerungspläne in Jalta und Potsdam am Widerstand der Sowjetunion gescheitert. Noch vor der Potsdamer Konferenz hatte Stalin am Tage der Kapitulation des deutschen Oberkommandos in seiner Siegesbotschaft öffentlich erklärt:

„Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.“

Nach dieser kategorischen Erklärung Stalins kam in Potsdam ein Abkommen zustande, in dem die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands garantiert, die Maßnahmen zu seiner Entnazifizierung und Entmilitarisierung vereinbart und damit die Grundlagen für einen demokratischen Frieden mit Deutschland gelegt wurden. Aus diesem Wesen des Potsdamer Abkommens erklärt sich auch die Feindschaft, die die anglo-amerikanischen Imperialisten ihm entgegenbringen.

Molotow aber wurde zum Vorkämpfer eines demokratischen Friedens mit Deutschland auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens. Von diesem grundsätzlichen Standpunkt aus führte er auf der Moskauer Konferenz der Außenminister im März/April

1947 den Kampf um eine echte Ausrottung des Faschismus in Deutschland. Über die Lage in Bizonien sagte er dort:

„Bis jetzt bleiben Personen, die aktiv zum Machtantritt Hitlers beigetragen und die Vorbereitung und Verwirklichung der deutschen Aggression organisiert hatten, in den großen Industriezentren Deutschlands weiterhin auf vielen wichtigen Wirtschafts- und Verwaltungsposten. Die Tatsachen zeigen, daß die Organisatoren des deutschen Faschismus und der Aggression, die unter dem Hitlerregime Leiter deutscher Truste, Konzerne und anderer Monopole waren, in einer Reihe von Fällen auf führenden Posten bleiben.“

Er nannte in diesem Zusammenhang Dinkelbach, Poensgen, Zangen, Bücher und eine Reihe anderer deutscher Monopolherren. Er führte die Namen von faschistischen Staatsanwälten und Richtern an, die in den Westzonen wieder über deutsche Menschen zu Gericht sitzen.

Damals versuchten die Vertreter Englands und Amerikas, diese Tatsachen abzuleugnen oder zu bagatellisieren. Die Rolle, die diese Kräfte heute wieder in der Adenauerschen Kolonialrepublik spielen, zeigt anschaulich, wie recht Molotow hatte. Heute ist ganz offensichtlich, daß die amerikanischen und englischen Imperialisten diese reaktionären deutschen Kräfte geschont und gefördert haben, weil sie sie als Agenten ihrer aggressiven Politik in Deutschland brauchten.

Mit der gleichen Entschiedenheit führte Molotow auf der Moskauer und Londoner Konferenz den Kampf gegen die Aufrechterhaltung militärischer Formationen der Hitlerschen Wehrmacht und für eine echte Entmilitarisierung. So entschied Molotow für den Aufbau der deutschen Friedensindustrie eintrat, ebenso entschieden forderte er den Abbau aller Rüstungsbetriebe, ohne den eine wirkliche Entmilitarisierung nicht denkbar ist.

Inzwischen sind in Westdeutschland immer mehr Betriebe der Friedensindustrie demontiert, zerstört und gesprengt worden, während ein guter Teil der unzweifelhaften Rüstungsbetriebe erhalten geblieben ist. Auch das entsprach der reaktionären Politik des anglo-amerikanischen Imperialismus, der aus Westdeutschland eine wehrwirtschaftliche Basis für seine aggressive Kriegspolitik in Europa machen will.

Mit aller Entschiedenheit wandte sich Molotow auf der Mos-

kauer und Londoner Konferenz auch gegen die Versuche, englische und amerikanische Wahlsysteme nach Deutschland zu übertragen, dem deutschen Volk fremde politische Systeme aufzuzwingen.

Er schlug vor, die Weimarer Verfassung der ersten deutschen Republik als Grundlage für die demokratische Neugestaltung Deutschlands zu nehmen. An der Weimarer Verfassung sollten nur jene Änderungen vorgenommen werden, die zur Sicherung der Demokratie notwendig sind, es sollten nur ihre Schwächen und Mängel ausgemerzt werden, die sich in der Vergangenheit als verhängnisvoll für die Demokratie und nützlich für den Faschismus erwiesen hatten.

Molotow verstand es auch, die wahren Hintergründe jener anglo-amerikanischen Manöver aufzuzeigen, die sich gegen die berechtigten Reparationsansprüche der Sowjetunion richteten. Er zeigte den engen Zusammenhang auf, der zwischen den Reparationslieferungen und dem Wiederaufbau und der Entfaltung der deutschen Friedensindustrie besteht. Aber gerade diese Entwicklung der deutschen Friedensindustrie fürchteten und fürchteten die anglo-amerikanischen Monopolherren als eine unliebsame Konkurrenz.

Molotow sprach das schon auf der Moskauer Tagung 1947 mit aller Deutlichkeit aus.

„Natürlich“ — sagte er — „werden sich ausländische Monopolisten finden, die verhindern wollen, daß deutsche Erzeugnisse auf den Außenmarkt gelangen. Diese Herren möchten aus Konkurrenzangst die deutsche Industrie abwürgen und ihr, jedenfalls was den Außenmarkt angeht, den Garaus machen. Aber wir dürfen einem derartigen Druck kleiner, nur auf den eigenen Vorteil bedachter Gruppen nicht nachgeben. Das läge durchaus nicht im Interesse der Völker. Die Völker brauchen eine beträchtliche Erhöhung der Produktion von billigen, guten Industriewaren und sind daran interessiert, daß die deutschen Industrieerzeugnisse mithelfen, den ausländischen Monopolisten, die mit allen Mitteln bemüht sind, ihre Konkurrenten auszuschalten, und die darauf ausgehen, jedes ihrer Erzeugnisse zu recht hochgeschraubten Preisen an den Mann zu bringen, den Hochmut auszutreiben.“

Das war die Sprache des Marxisten-Leninisten, der die honigsüßen anglo-amerikanischen Phrasen über die angeblich untrag-

bare Last der Reparationen entlarvte, hinter denen in Wirklichkeit nur die nackten Profitinteressen der Monopole steckten. Die Konkurrenzdemontagen in Westdeutschland, die Unterbindung der deutschen Ausfuhr durch die JEIA, die Verbote von Außenhandelsabschlüssen mit den Volksdemokratien oder mit der Chinesischen Volksrepublik — alle diese Maßnahmen zeigen, in wie hohem Maße Molotow mit dieser Charakterisierung der anglo-amerikanischen Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland recht behalten hat.

Der konsequente Kampf Molotows für die Einheit Deutschlands, für die Bildung einer deutschen Regierung, für den Abschluß eines Friedensvertrages, für den Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft und des deutschen Außenhandels hatte die Vertreter der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf der Moskauer und Londoner Konferenz weitgehend mattgesetzt. Mit Ausflüchten und Winkelzügen war hier wenig zu retten. So griff denn Herr Marshall auf der Londoner Konferenz zu einem Mittel der Verzweiflung, indem er die Konferenz verließ und sie damit praktisch sprengte.

Molotow hatte auf dieser Londoner Konferenz in seiner ersten großen Rede klar die Meinungsverschiedenheiten herausgearbeitet. Sie bestehen darin, daß die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie die Herstellung eines demokratischen Friedens anstreben, eines Friedens, der die Gleichberechtigung und die Souveränität der großen wie der kleinen Völker sichert und der auch den besiegten Völkern das Recht auf eine freie, demokratische Entwicklung sowie auf die völlige Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit zugesteht.

Die anglo-amerikanische Gruppe aber strebt einen imperialistischen Frieden an, der die Herrschaft der imperialistischen Großmächte über die anderen Völker errichtet, der die Staaten in herrschende Mächte und unterworfenen Völker teilt. Ein solcher imperialistischer Frieden muß notwendigerweise zu neuen internationalen Konflikten führen, birgt die Gefahr eines dritten Weltkrieges in sich.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, forderte Molotow:

„Der Friedensvertrag mit Deutschland muß auf den Grundsätzen eines demokratischen Friedens beruhen und dem wirtschaftlichen

Wiederaufbau Deutschlands wie auch seiner künftigen Wiederherstellung als unabhängiger demokratischer Staat förderlich sein.“

Gerade das aber war es, was der anglo-amerikanische Imperialismus verhindern wollte. Er wollte die unbegrenzte Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes, wie es im Besatzungsstatut zum Ausdruck kommt, er wollte die unbedingte Unterwerfung der deutschen Wirtschaft unter die Interessen des anglo-amerikanischen Monopolkapitals, wie sie im Ruhrstatut und in der Existenz der sogenannten Sicherheitsbehörde zum Ausdruck kommt. Er wollte die Dienstbarmachung der deutschen Menschen und der deutschen Wirtschaftskräfte für seine aggressive Kriegspolitik, aber er wollte zugleich Deutschland und seine Friedensindustrie niederhalten und als Konkurrenten auf dem Weltmarkt ausschalten.

Darum sprengte Herr Marshall die Londoner Konferenz, darum wurde Deutschland gespalten und die westdeutsche Kolonialpolitik geschaffen.

DIE WARSCHAUER KONFERENZ

Im Juni 1948 vertrat Molotow die Sowjetunion auf der Beratung mit den Außenministern der Volksdemokratien in Warschau. Die Erklärung der Warschauer Außenministerkonferenz war ein Programm des Abschlusses eines demokratischen Friedens mit Deutschland.

Noch einmal wurde die Forderung nach der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung erhoben, der Abschluß eines Friedensvertrages vorgeschlagen, der auch den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland im Laufe des Jahres nach Abschluß des Friedensvertrages vorsieht. Die Forderungen dieser Warschauer Beratung haben noch heute ihre Gültigkeit. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil auch der Forderungen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Kampf um die Einheit unserer Nation, im Kampf um einen gesamtdeutschen Friedensvertrag.

Hier konnte nur in aller Kürze auf die großen Verdienste hingewiesen werden, die sich Molotow mit seinem Kampf in der

internationalen Arena der Friedenskonferenzen, der Außenministertagungen und der Vollversammlungen der Organisation der Vereinten Nationen für die Herstellung eines dauerhaften Friedens in der ganzen Welt und um einen gerechten Frieden für das deutsche Volk erworben hat.

Wir feiern seinen 60. Geburtstag mit dem Wunsch, daß es ihm vergönnt sein möge, noch viele Jahre in der Führung des Sowjetstaates und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) zum Wohle der sowjetischen Völker und zum Wohle der ganzen Menschheit zu wirken. Wir feiern seinen 60. Geburtstag mit dem Versprechen, daß wir alle Kraft daransetzen werden, um die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem Sowjetvolk zu festigen, sie unzerreißbar zu machen. Damit werden wir am besten den Interessen des deutschen Volkes und des Weltfriedens dienen. Wir feiern den 60. Geburtstag Molotows mit der Versicherung, daß uns sein Leben und sein Werk stets Vorbild in unserer Arbeit und in unserem Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus sein werden.

Die Völker der Sowjetunion gehen in diesen Tagen einer Neuwahl ihrer Deputierten zum Obersten Sowjet entgegen. Nach dem Genossen Stalin ist Genosse Molotow unter den ersten der Kandidaten des Sowjetvolkes für den Obersten Sowjet. Am Vorabend der Wahlen im Jahre 1937 formulierte Genosse Stalin die Forderungen, die das Sowjetvolk an seine Deputierten stellt, folgendermaßen:

„Die Wähler, das Volk, müssen von ihren Deputierten fordern: daß sie auf der Höhe ihrer Aufgaben bleiben; daß sie in ihrer Arbeit nicht auf das Niveau politischer Spießer hinabsinken; daß sie auf dem Posten von Politikern Leninschen Typus bleiben; daß sie Politiker von ebensolcher Klarheit und Bestimmtheit seien, wie Lenin es war; daß sie ebenso furchtlos im Kampfe und ebenso schonungslos gegen die Feinde des Volkes seien, wie Lenin es war; daß sie frei von jeder Panik seien, von jeder Spur einer Panik, wenn die Lage sich kompliziert und sich am Horizont irgendeine Gefahr ankündigt; daß sie ebenso frei von jeder Spur einer Panik seien, wie Lenin davon frei war; daß sie bei der Entscheidung komplizierter Fragen, bei der allseitige Orientierung und allseitige Erwägung aller Für und Wider nötig ist, ebenso weise und

behutsam seien, wie Lenin es war; daß sie ebenso wahrhaft und ehrlich seien, wie Lenin es war; daß sie ihr Volk ebenso lieben, wie Lenin es liebte."

Am 60. Geburtstag des Genossen Molotow dürfen wir sagen: er ist ein solcher Politiker von Lenin-Stalinschem Typus. Darum liebt ihn das Sowjetvolk, darum verehren ihn die Werktätigen und die Friedenskämpfer aller Völker. Darum senden wir ihm von dieser unserer Feierstunde unsere herzlichen, aufrichtigen Glückwünsche.

*„Neues Deutschland“, Berlin,
10. März 1950.*

Ein unermüdlicher Kämpfer für den Fortschritt

Gedächtnisrede auf der 25. Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 14. März 1950 zum Tode des Dichters und „Lehrers der Demokratie“ Heinrich Mann

Genossinnen und Genossen!

Wir haben eine traurige Pflicht zu erfüllen. Kurz vor Vollendung seines 79. Lebensjahres und kurz vor der Heimreise aus dem Exil in seine geliebte Heimat ist der große deutsche Dichter Heinrich Mann am 12. März in Santa Monica (Kalifornien) gestorben. Sein Tod ist um so tragischer, weil er seit vielen Monaten um seine Heimreise kämpfte, die nun unmittelbar bevorstand, und weil er nicht mehr zu den Menschen kommen konnte, die ihn voll Ungeduld erwarteten.

Heinrich Mann erhielt im vergangenen Jahr als erster die höchste Ehrung, die das deutsche Volk an Schriftsteller und Künstler verleiht, den Nationalpreis. Jetzt war er zum Präsidenten der Deutschen Akademie der Künste ausersehen, deren Wiedererrichtung in wenigen Tagen erfolgen wird. Wenn das deutsche Volk je einem Mann so hohe Ehren erwies, dann hat es sicherlich kaum einer mehr verdient wie gerade Heinrich Mann.

Schon vor dem ersten Weltkrieg schrieb er seine ersten zeitkritischen Romane, in denen er die Wurzeln der späteren faschistischen Entwicklung aufdeckte. Er sah vor allem in dem Untertan, der im Geiste des preußischen Militarismus erzogen war, den ebenso feigen wie brutalen Gesellen, der später in der Zeit der Nazibarbarei unser Volk in solches Unglück stürzte. Heinrich Manns Fähigkeit, die inneren gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, befähigte ihn auch, in seinem Roman „Zwischen den Rassen“ die Entwicklung Italiens zum Faschismus eines Mussolini vorauszusehen. Dieser Roman sowie die großen

Romane „Der Untertan“, „Professor Unrat“, „Die Armen“ und andere sind scharfe kritische Auseinandersetzungen mit den Kräften der Reaktion, deren unheilvolles Wirken kein Schriftsteller schon so früh klar erkannte wie Heinrich Mann.

Als die Monarchie gestürzt war, wurde Heinrich Mann zum unerbittlichen Kritiker an der Weimarer Republik. In mehreren Romanen, vor allem im „Schlaraffenland“, schilderte er die innere Hohlheit und Verlogenheit der bürgerlichen Gesellschaft der Weimarer Zeit. Immer wieder geißelte er die Halbheit der demokratischen Maßnahmen der Weimarer Republik und erklärte, daß diese Halbheit unweigerlich zum Untergang, zum Sieg einer barbarischen Reaktion führen müsse.

Kein Wunder, daß die Nazis Heinrich Mann wie die Pest haßten. Schon im Februar 1933 mußte er aus seiner Heimat, die er so heiß liebte, emigrieren. Zuerst nach der Tschechoslowakei, wo er die Staatsbürgerschaft erhielt, und dann nach Frankreich, mit dessen Volk er sich seit Jahrzehnten eng verbunden fühlte; und als die deutschen Faschisten das Land Zolas, Victor Hugos und Balzacs besetzten, nach den Vereinigten Staaten von Amerika, wo er nun auch sterben sollte. In der Emigration war er neben seiner reichen schriftstellerischen Tätigkeit ein unermüdlicher Kämpfer in der Volksfront der Deutschen, die im Exil lebten, ein tapferer Streiter in der französischen Volksfront. Sein Ruf galt der Einigkeit unter den Emigranten, deren fortschrittliche Kräfte ihn zum Präsidenten ihrer Vereinigung wählten. In seinem großen autobiographischen Werk „Ein Zeitalter wird besichtigt“ hat er eine umfassende Rechenschaft nicht nur über sein Leben und Wirken, sondern auch über seine Zeit abgelegt.

Heinrich Mann war das, was er einmal in einer Arbeit an dem französischen Dichter Zola rühmte, ein „Lehrer der Demokratie“. Sein Werk war von zwei großen Gedankengängen bestimmt. In dem einen erwies er sich als Wahrer einer großen Goetheschen Tradition, in seiner immer wiederholten Forderung nach der Einheit von Geist und Tat. Die Tat durch den Geist des kämpferischen Humanismus zu bestimmen, diesem Gedanken widmete er einen großen Teil seines Schaffens.

Der zweite Gedankengang führte Heinrich Mann von der großen bürgerlichen französischen Revolution in gerader Kon-

sequenz zum Bekenner der sozialistischen Revolution. In den ersten Jahren seines Schaffens gehörte seine ganze Liebe der bürgerlichen Revolution, deren große Ideen sein Schaffen bestimmten. Aber der Zustand der Fäulnis und Barbarei, in den die Bourgeoisie seiner Zeit geraten war, ließ ihn den Schritt zu der Klasse tun, die auf der Seite des geschichtlichen Fortschritts stand. Im Jahre 1935 erklärte er auf einem Schriftstellerkongreß in Paris, daß „ein ehrlicher Demokrat sich darüber Rechenschaft ablegen muß, daß nur der Marxismus die Voraussetzungen für die wirkliche Demokratie schafft“. Und in Konsequenz dieses Gedankens wurde Heinrich Mann zum begeisterten Anhänger der Sowjetunion, des Landes, in dem die Partei des Marxismus-Leninismus die höchste Form der Demokratie geschaffen hat, was gerade die soeben durchgeführten Wahlen wieder einmal deutlich vor aller Welt bewiesen. Seine Stellung zur Sowjetunion hat Heinrich Mann in einer kurzen Selbstbiographie einmal mit folgenden Worten charakterisiert: „Die Sowjetunion liebe ich voll gegenwärtig . . . Sie ist mir nahe — und ich ihr . . . ich sehe ihr zu, als wäre sie schon die Nachwelt, die mich kennt.“

In Heinrich Mann ehren wir den großen deutschen Dichter, dessen Werk stets ein wichtiger Teil unseres nationalen Kulturgutes sein und bleiben wird. Wir ehren in Heinrich Mann den aufrechten Demokraten und unermüdlichen Kämpfer für die Sache des Fortschritts. Wir ehren in ihm den überzeugten Anhänger für die gerechte Sache unseres Kampfes um eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Und wir ehren in Heinrich Mann nicht zuletzt den gütigen und liebevollen Menschen, dessen Herz für die Enterbten und Armen schlug und der sein Werk und sein Leben einsetzte, um ihnen als „Lehrer der Demokratie“ den Weg in eine bessere Zukunft zu erleichtern.

*„Neues Deutschland“, Berlin,
15. März 1950.*

Freundschaft

*Rede bei der Eröffnung des Deutschlandtreffens
der jungen Friedenskämpfer im Berliner Lustgarten
am 28. Mai 1950*

Liebe Jungen und Mädels der Freien Deutschen Jugend!
Junge Pioniere!

Ich entbiete euch allen, die ihr hier in so unabsehbaren Zügen zu eurer Friedenskundgebung aufmarschiert, meinen herzlichen Gruß: Freundschaft! Ich grüße euch im Namen der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer Regierung, ihrer Volks- und Länderkammer! Ich grüße euch im Namen aller aufrechten deutschen Demokraten und Friedenskämpfer!

Euer Deutschlandtreffen ist die größte und bedeutungsvollste Jugendkundgebung in der deutschen Geschichte. Diese Friedenskundgebung der Jugend erhält durch die Anwesenheit der Vertreter des ruhmreichen Lenin-Stalinschen Komsomols, durch die Vertreter der heroischen chinesischen Jugend und durch die vielen anderen internationalen Gäste ihre besondere Bedeutung. Gestattet mir, in euer aller Namen diese internationalen Gäste als Boten des gemeinsamen weltumspannenden Kampfes um den Frieden besonders herzlich zu begrüßen. Rufen wir ihnen allen gemeinsam eure große Losung zu: Freundschaft, Freundschaft und immer wieder Freundschaft!

Liebe Jungen und Mädels! Die Anwesenheit so zahlreicher und so anerkannter internationaler Gäste auf eurem Deutschlandtreffen ist für die Freie Deutsche Jugend eine hohe Verpflichtung. Es ist noch nicht so lange her, daß der deutsche Name in der Welt geächtet und geschändet war. Die Hitlersoldaten des deutschen Imperialismus hatten durch ihre verbrecherischen Taten in aller Welt Haß und Verachtung für alles Deutsche erzeugt. Ihr aber dürft heute stolz darauf sein, daß ihr durch eure Arbeit für ein wahrhaft demokratisches Deutschland, durch euren Kampf um den Frieden dem deutschen Volke wieder Vertrauen und Freund-

schaft erworben habt. Ihr dürft besonders stolz darauf sein, daß ihr euch das Vertrauen und die Freundschaft der *sowjetischen* Jugend erworben habt, der Jugend des großen Landes des siegreichen Sozialismus, dessen uneigennützigste Freundschaft die sicherste Bürgschaft für die nationale Unabhängigkeit und Freiheit des deutschen Volkes ist. Unter Führung des großen Stalin steht die Sowjetunion heute an der Spitze der großen internationalen Friedensfront, die so organisiert und mächtig geworden ist, daß sie die barbarischen Pläne der imperialistischen Kriegstreiber zu durchkreuzen vermag. *Der Kampf um den Frieden ist heute die entscheidende und vordringlichste Aufgabe.* Daraus erwachsen uns Deutschen und besonders der deutschen Jugend außerordentlich ernste Verpflichtungen.

Wir dürfen die Gefahr eines neuen Krieges nicht unterschätzen. Unter amerikanischem Oberbefehl haben in der holländischen Stadt den Haag die Generalstabschefs des Nordatlantikkriegspakts getagt, und in London haben die imperialistischen Außenminister einen förmlichen Kriegsrat abgehalten. Ihr Plan läuft darauf hinaus, Deutschland zum Operationsgebiet des neuen Krieges, Berlin zu seinem Brückenkopf und die deutsche Jugend erneut zum Kanonenfutter zu machen. Doch, liebe Jungen und Mädels, eure gewaltige Friedenskundgebung ist der beste Beweis, daß diese Herren ihre Rechnung ohne den Wirt, das heißt ohne euch, ohne die demokratische Jugend der Welt, machen werden. Niemals wird die deutsche Jugend die anglo-amerikanischen Kriegspläne unterstützen, niemals für sie sterben. Im Gegenteil, sie unterstützt mit aller Kraft und vollem Einsatz die Friedenspolitik der Sowjetunion.

Ebendarum hetzen die Kriegstreiber gegen euch, suchen euch wegen eures Kampfes um den Frieden zu verleumden und haben versucht, mit Drohungen und Lockungen eurem Deutschlandtreffen Abbruch zu tun. Doch das alles hat ihnen nichts geholfen. Sie haben Schiffbruch erlitten, und das sogar in ihrer eigenen Domäne, in New York. Dort wollte einer der skrupellosesten Kriegstreiber, *General Clay*, eine Hetzrede gegen das Deutschlandtreffen halten. Er mußte aber darauf verzichten, weil Tausende amerikanischer Friedensfreunde schärfsten Protest gegen ihn erhoben. Wir entbieten diesem anderen Amerika, dem

Amerika der friedliebenden werktätigen Menschen, unseren aufrichtigen Friedens- und Freundschaftsgruß.

Liebe junge Freunde! Die Ereignisse der letzten Wochen haben besonders klar zutage treten lassen, *warum* die imperialistischen Westmächte Deutschland zerrissen haben, *warum* sie die alten deutschen Kriegsgewinnler schonen und die Hitlergenerale in ihre Dienste nahmen. Die Zerreißung Deutschlands und das reaktionäre Regime der Bonner Separatistenregierung dienen den imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Ebendarum ist für uns Deutsche der Kampf um den Frieden auch der Kampf um die demokratische Einheit unseres Vaterlandes, der Kampf um einen gesamtdeutschen Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen. Das ist das große Ziel der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Dafür seid ihr hier in der Hauptstadt Berlin aufmarschiert. Und dieses gewaltige Deutschlandtreffen wird auch den Inhalt eurer weiteren Arbeit bestimmen. Vergeßt nie die *Worte* des großen *Stalin*, daß

„die Existenz eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten verhindert“.

Daraus ergibt sich die Größe unserer Verantwortung. Mögen die Vertreter des Weltbundes der demokratischen Jugend und alle unsere ausländischen Gäste von dieser Friedenskundgebung die Gewißheit mitnehmen, daß sich die Freie Deutsche Jugend ihrer Verantwortung bewußt geworden ist, daß sie für den Frieden der Welt kämpft. Den Beweis dafür hat sie dadurch erbracht, daß sie in der Deutschen Demokratischen Republik auf Grund der Beschlüsse der Stockholmer Tagung des Weltfriedenskomitees mehr als acht Millionen Unterschriften für die Ächtung und das Verbot der Atomwaffe gesammelt hat.

In dieser großen Arbeit hat sich erneut gezeigt, daß unsere Deutsche Demokratische Republik zu einem Bollwerk des Friedens und der demokratischen Einheit Deutschlands geworden ist. Darin kommt auch die Begeisterung und das Vertrauen zum Ausdruck, das ihr der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer

Regierung entgegenbringt. Ich kann euch versichern, daß ihr in diesem Vertrauen nie enttäuscht werdet.

Aber mit der Unterschriftensammlung für die Ächtung der Atomwaffe ist die Arbeit nicht getan. Es gilt, den Kampf für den Frieden fortzusetzen und zu steigern. In allen Orten müssen Friedenskomitees gebildet und immer größere Menschenmassen für diesen Kampf gewonnen werden. So müssen auch wir dazu beitragen, daß der nächste Weltfriedenskongreß in Rom im Oktober zu einer gewaltigen Heerschau des Friedenslagers unter der Führung der Sowjetunion wird und daß die Imperialisten bei jedem Versuch einer neuen Aggression vernichtend von den Friedenskämpfern geschlagen werden.

Liebe Jungen und Mädell Wir können mit Stolz auf die Arbeit in unserer demokratischen Republik blicken. Die Zeit der Erfolge hat begonnen. Unsere Republik hat die Anerkennung der friedliebenden Völker gefunden. Das wurde auf das beste bestätigt durch den großzügigen Beschluß der Sowjetregierung, die mit Zustimmung der Polnischen Volksrepublik unsere noch verbliebenen Reparationsverpflichtungen um die Hälfte herabsetzte und die Abtragung des Restes auf fünfzehn Jahre verteilte. Die allgemeine Zustimmung, die dieser Freundschaftsakt der Sowjetregierung bei allen friedliebenden Völkern und Menschen gefunden hat, ist zugleich die Anerkennung unserer friedlichen Politik, unseres demokratischen Aufbaus und unserer wirtschaftlichen Leistungen. Aber das alles wäre uns nicht ohne die Hilfe und die Großmut der Sowjetregierung möglich gewesen. Dafür danken wir der Sowjetunion und dem großen Freunde des deutschen Volkes, Generalissimus Stalin. Unsere Erfolge zeigen sich auch in der Industrie und Landwirtschaft, im Handel und Verkehr, in der Versorgung der Bevölkerung und im kulturellen Aufschwung. In der vorfristigen Erfüllung des Zweijahrplans und durch die Inangriffnahme eines Fünfjahrplans unserer Volkswirtschaft werden wir diese Erfolge noch vermehren, um allen schaffenden Menschen ein besseres Leben zu verschaffen.

Zu diesen Erfolgen hat nicht wenig die Aktivistenbewegung und die Arbeit der Aktivisten beigetragen, an denen unsere Jungaktivisten einen großen Anteil haben. Es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, daß die Jungaktivisten die Bahnbrecher

der Zeit der Erfolge sind. In einem Bericht an die deutsche Jugend über die Durchführung des Jugendgesetzes wird festgestellt, daß zur Zeit 20 840 Jugendaktive mit ungefähr 220 000 Jugendlichen bestehen und außerdem noch 16 000 Einsatz- und Tagesaktive arbeiten. Sie haben einen bedeutsamen Anteil an der vorfristigen Erfüllung des Zweijahrplans. Ihr Arbeitsenthusiasmus gibt uns die Möglichkeit, unsere Planung auf längere Zeit und noch umfassender als bisher zu gestalten. So wird der Fünfjahrplan der Friedenswirtschaft entstehen, mit dessen Verwirklichung Hunderttausende Jugendlicher zu qualifizierten Arbeitern, zu Technikern und Ingenieuren, zu verantwortlichen Leitern unserer Produktion und Verwaltungen und unseres kulturellen Schaffens heranwachsen werden. So werden neue deutsche Menschen heranwachsen, auf die die Völker mit Vertrauen blicken, deren Leistungen sie achten und deren Freundschaft sie schätzen.

Aber dazu, liebe Jungen und Mädchen, braucht ihr den festen Willen zur Arbeit und zum Lernen. Dazu braucht ihr ein festes Selbstvertrauen und eine unbezwingliche Energie in der Durchsetzung eurer Aufgaben. Es gibt keine Höhe des Wissens und der Leistung, die ihr nicht in zäher Arbeit bezwingen könnt. Es gibt kein technisches Problem, das nicht durch Wissen, Findigkeit und Beharrlichkeit gelöst werden kann. Es gibt keine Planaufgabe, die nicht mit euch — unserer prächtigen Jugend — zu lösen wäre. Für euch ist der Volkswirtschaftsplan die sinnvolle Gestaltung eurer eigenen Zukunft. Er ist der Weg in ein neues Leben freudigen Schaffens, kühner Pläne, frei von Arbeitslosigkeit und Not, ein Leben in Wohlstand und echter Lebensfreude.

Unsere Republik und ihre Regierung werden euch in jeder Weise helfen, dieses große und schöne Ziel zu erreichen. Davon legt das „Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung“ Zeugnis ab. Ihr habt das Recht auf berufliche und allgemeine Schulung, auf Sport und Erholung. Das Gesetz über die Herabsetzung der Volljährigkeit auf 18 Jahre erschließt euch noch viele neue Möglichkeiten aktiver Teilnahme am gesellschaftlichen und staatlichen Leben. So wird unsere wahlfähige Jugend auch bei den Oktoberwahlen dieses Jahres in der Republik den einstimmigen Sieg der

Demokratie herbeiführen helfen und jedwede von den Westmächten unterstützte Reaktion vernichtend schlagen.

Liebe junge Freunde! Der Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber und für den Frieden, der Kampf um die demokratische Einheit unseres Vaterlandes, um einen gesamtdeutschen Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen, die Arbeit und der Kampf um die Festigung unserer demokratischen Ordnung, die weitere Entfaltung unserer Erfolge auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, der Übergang von der vorfristigen Erfüllung des *Zweijahrplans* zur Ausarbeitung und Inangriffnahme eines *Fünftjahrplans*, die große ideologische Schulung und die Festigung und Stärkung unserer demokratischen Massenorganisationen — das sind die großen Aufgaben, vor denen unser Volk und seine Jugend stehen. Das Deutschlandtreffen der Jugend hat seine Bedeutung auch darin, daß es der Jugend helfen wird, diese großen Aufgaben zu lösen. Das große Erlebnis dieser Pfingsttage wird euch Ansporn sein, jeder an seinem Platz noch mehr als bisher als Friedenskämpfer für Deutschlands Einheit und Unabhängigkeit zu wirken.

Es lebe die Freie Deutsche Jugend!

Es lebe der Weltbund der demokratischen Jugend!

Es lebe die Weltfriedensfront und ihre führende Kraft — die Sowjetunion!

Es lebe der große Staatsmann des Friedens und Freund des deutschen Volkes, Generalissimus Stalin!

„*Neues Deutschland*“, Berlin,
31. Mai 1950.

Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Liebe Landsleute von Ruhr und Rhein!

An diesem Sonntag, dem 18. Juni, sollt ihr eure Stimme zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen abgeben. Die Wahl erfolgt in einer Zeit sehr ernster politischer Spannungen. Das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes stehen infolge der Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte auf dem Spiel. Sie zerstören die deutsche Wirtschaft und treffen alle Vorbereitungen für einen neuen Krieg, der gegen die Sowjetunion und alle fortschrittlichen Kräfte in Deutschland gerichtet ist. Vor jedem Wähler, vor jeder Wählerin steht deshalb die große Frage, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollen, den Parteien, die die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte unterstützen, oder der Partei, die für den Frieden und für die nationalen, politischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes kämpft.

Die Entscheidung darüber sollte euch nicht schwerfallen. Denkt doch daran, was hinter euch liegt. Die meisten von euch haben das Grauen des Krieges erlebt. Sie verspüren am eigenen Leibe die schrecklichen Folgen des Hitlerkrieges und verfluchen ihn aus vollem Herzen. Allen liegt der Schwur auf der Zunge: Nie wieder Krieg! Und doch wird im Westen schon wieder zu einem neuen Kriege gehetzt, werden Waffen und Munition zu einem neuen Völkermorden aufgespeichert und Pläne für den Krieg geschmiedet. Mit einer durch und durch verlogenen Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die volksdemokratischen Länder im Osten, gegen die Deutsche Demokratische Republik sollen die Volksmassen für dieses Verbrechen gewonnen werden. Wieder, wie es Hitler tat, reden sie vom Frieden und bereiten alles für den Krieg vor.

Schamlos wird davon geredet, daß der Friede vom Osten her bedroht sei und die Kriegsvorbereitungen der Westmächte nur

dem Schutze des deutschen Volkes dienen. Alles ist erbärmliche Lüge. Alles dient nur dem Betrug der Volksmassen. Wie es war, so soll es wieder kommen, die Volksmassen sollen erneut als Kanonenfutter für die kapitalistischen Interessen gebraucht werden. Es ist eine ernste Mahnung, die an jeden einzelnen von euch gerichtet ist: Lernt aus der Vergangenheit, laßt euch nicht wieder übertölpeln, sondern kämpft einmütig und entschlossen um den Frieden, um euer Leben und eure Zukunft.

Denkt zurück an die Wahl am 14. August 1949, als ihr aufgerufen wurdet, eure Stimme für die Wahl zum „Bundesparlament“ abzugeben, wo euch eingeredet wurde, daß dieses Parlament das demokratische Organ des werktätigen Volkes sein sollte. Heute ist es für jeden denkenden Menschen klar, daß man euch betrogen hat, daß dieses „Parlament“ nicht den Interessen des deutschen Volkes dient, sondern nur ein Werkzeug der westlichen Besatzungsmächte gegen das deutsche Volk ist. In allen Tagungen und Beschlüssen kommt das mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck.

Dafür lieferte auch die Tagung am Dienstag, dem 13. Juni 1950, einen neuen Beweis. Gegen das Freundschaftsabkommen, das zwischen dem volksdemokratischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossen wurde, unternahm dieses Parlament eine infame Verleumdung und Hetze, die sich besonders gegen die vereinbarte Markierung der Oder-Neiße-Grenze richtete. Als der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion, Max Reimann, gegen die von dem Sozialdemokraten Löbe verlesene Erklärung das Wort verlangte, wurde ihm unter Bruch aller demokratischen parlamentarischen Gepflogenheiten die Abgabe einer Erklärung verweigert und er wegen seines Protestes für 30 Sitzungstage ausgeschlossen. Die reaktionären Koalitionsparteien wußten, was Max Reimann zu ihrer Lüge und Verleumdung zu sagen hatte, und glaubten, diese Wahrheit dem deutschen Volke vorenthalten zu können. Max Reimann konnte nachweisen, daß diese Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze nur der Vorbereitung des Krieges dient. Er konnte nachweisen, daß früher von den westlichen Besatzungsmächten geplant war, daß die Grenze zwischen Polen und Deutschland noch sehr viel weiter nach dem Westen gelegt werden sollte.

So hatte der ehemalige Premierminister Großbritanniens, Churchill, am 27. Oktober 1944 im englischen Unterhaus erklärt:

„Es steht den Polen frei, ihr Gebiet auf Kosten Deutschlands nach Westen auszudehnen. Dabei müßte die Austreibung der Deutschen aus dem von Polen im Westen und Norden zu erwerbenden Gebiet durchgeführt werden. Denn die Austreibung wird, soviel wir sehen können, die zufriedenstellendste und dauerhafteste Methode sein.“

Auch der heutige Präsident der USA, Truman, erklärte in einer Rundfunkansprache am 9. August 1945:

„Das Territorium, das die Polen verwalten sollen, wird Polen befähigen, seine Bevölkerung besser zu erhalten. Es wird Polen mit einer kurzen und leichter zu verteidigenden Grenze mit Deutschland versehen.“

So stimmten 1945 Truman und Churchill mit der Sowjetunion überein, die deutsche Bevölkerung aus den an Polen übergebenen Gebieten auszusiedeln. Sie stimmten der Oder-Neiße-Grenze zu, solange sie hoffen konnten, das neue Polen als Pufferstaat gegen die Sowjetunion zu verwenden. Sie wurden zu Gegnern dieser Grenzziehung, als die polnische Bevölkerung sich ein demokratisches Regime schuf, das dem Frieden der Welt dient, Freundschaft mit der Sowjetunion hält und sich gegen die Kriegsvorbereitungen der Westmächte wendet.

Wenn im Bonner Spalterparlament davon geredet wurde, daß die Grenzziehung nur durch einen Friedensvertrag festgelegt werden kann, so wurde dabei verschwiegen, daß die westlichen Besatzungsmächte dem deutschen Volk den Abschluß eines Friedensvertrages verweigern, obwohl die Sowjetunion immer wieder darauf drängte, mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen. An Stelle des Friedensvertrages haben die westlichen Besatzungsmächte das Besatzungsstatut gesetzt, das ihnen die koloniale Beherrschung Deutschlands sichern soll. Es darf nicht vergessen werden, daß es der Sozialdemokrat Dr. Schumacher war, der das Besatzungsstatut gefordert hat.

Auch das heuchlerische Geschrei der Koalitionsparteien über den angeblichen Landesverrat, der mit der Abtretung deutschen Gebietes begangen worden sein soll, steht in scharfem Gegensatz zu ihrem Verhalten im Bonner Spalterparlament. Während

die Oder-Neiße-Grenze der Sicherung des Friedens und der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu dem polnischen Volk dient, wurden von den Koalitionsparteien Abtretungen deutschen Gebietes im Westen zugelassen, durch die nicht dem Frieden, sondern dem Kriege gedient wird. So geschah es mit der Abtretung deutschen Gebietes an Holland, in dem sich im Interesse der englisch-amerikanischen Ölindustrie die Möglichkeit eröffnet, in kürzester Frist monatlich 50 000 Tonnen Öl zu gewinnen. Auch die Annexion des Saargebietes wurde zugelassen, und jetzt hat man diese gewaltsame Losreißung des Saargebietes durch den Eintritt in den Europarat für immer festgelegt. Alles das geschieht ohne Friedensvertrag und ist vollendeter Landesverrat an den Interessen des deutschen Volkes.

Jetzt geht es um einen neuen Plan der amerikanischen Konzernherren, mit dem der Krieg vorbereitet werden soll. Der Plan trägt den Namen des französischen Ministerpräsidenten Schuman und soll durch den Zusammenschluß der Eisen-, Stahl- und Kohlenproduktion in Westdeutschland mit der französischen und englischen angeblich der Steigerung des Wohlstandes der Völker dienen. In Wirklichkeit geht es hier um einen Plan, der schon wiederholt verfolgt wurde und der immer mit dem Kriege endete. So war es 1914, so 1923, so 1939. Mit dem Schumanplan will sich das amerikanische Monopolkapital die Beherrschung der Eisen-, Stahl- und Kohlenproduktion sichern, die ihnen nicht nur die höchsten Dividenden, sondern auch die Entscheidung über den Krieg ermöglicht.

Die noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten über die Ausnutzung dieses Planes zwischen den westlichen Besatzungsmächten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich sehr bald eine Verständigung finden wird, um gemeinsam den damit verfolgten Plan eines Krieges zu verwirklichen. Natürlich wird sehr viel von den Besatzungsmächten getan, um die Bevölkerung zu täuschen, und dabei werden sie auch von den Koalitionsparteien unterstützt. Die Erklärungen des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Schumacher, gegenüber dem Schumanplan und gegen den Eintritt in den Europarat dienen auch nur der Täuschung der Bevölkerung. Sie sind keine ernsthafte Opposition und werden als solche auch nicht von den Be-

satzungsmächten verstanden. Nur zu schnell wird Schumacher den Dreh finden, diesen Plänen seine Zustimmung zu geben.

Es ist verständlich, daß in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft immer mehr begriffen wird, daß die Politik Schumachers, seine Hetze gegen die Sowjetunion, sein Widerstand gegen den Ost-West-Handel, seine gegen das Zustandekommen der Einheit der Arbeiterklasse, gegen die Einheit Deutschlands und den Abzug der Besatzungstruppen gerichtete Propaganda nur den Kriegstreibern in die Hände arbeitet und die Lage der werktätigen Massen fortgesetzt verschlechtert. So werden sich die werktätigen Massen zum gemeinsamen Kampfe zusammenfinden, so sehr auch Schumacher das verhindern möchte. Es gibt genügend Äußerungen aus den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und der Gewerkschaftsmitglieder, die diese Politik Schumachers ablehnen und den gemeinsamen Kampf wollen.

Es geht eine große Bewegung durch das deutsche Volk, die auf die Sicherung des Friedens gerichtet ist. Arbeiter und Bauern, Handwerker und kleine Unternehmer, Gelehrte und Künstler, Junge und Alte begreifen die große Gefahr, die dem Frieden durch die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte droht. Sie begreifen, daß ein neuer Krieg Deutschland vollends zerstören würde, zumal dabei von seiten der westlichen Besatzungsmächte auch noch die Atomwaffe Verwendung finden soll. Die von der Weltfriedensbewegung durchgeführte Unterschriftenkampagne gegen die Anwendung der Atomwaffe hat zum Ausdruck gebracht, wie stark in der Bevölkerung der Wille zur Verhinderung des Krieges ist. In der Deutschen Demokratischen Republik haben mehr als 90 Prozent der Bevölkerung ihre Unterschrift gegeben. Ich bin überzeugt, daß auch im Westen Deutschlands die Zahl der Unterschriften stündlich wächst und daß durch die Bildung der Friedenskomitees sich in allen Teilen der Bevölkerung die Kampffront gegen die Kriegstreiber und für die Sicherung des Friedens bilden wird. So wird die große Weltfriedensfront unter der Führung der Sowjetunion zustande kommen, die den Kriegshetzern und Kriegstreibern ein für allemal ihr blutiges Handwerk legen wird.

Liebe Landsleute! Ein großer Beitrag, den wir zur Sicherung des Friedens leisten können, ist die Wiederherstellung der von

den westlichen Besatzungsmächten zerrissenen Einheit Deutschlands, die Erzwingung eines gerechten Friedensvertrages und der Abzug der Besatzungstruppen. Das ist das große Ziel der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, durch die wir die nationalen, politischen und wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes wahren und zum Siege führen müssen. Auch dafür gilt es alle fortschrittlich denkenden friedliebenden Menschen in ganz Deutschland zu vereinen.

So, liebe Freunde an Rhein und Ruhr, zeigt sich der Zusammenhang, der zwischen eurer Wahl am Sonntag und der ernsten Lage in Deutschland besteht. Eure Wahl am Sonntag ist nicht nur eine einfache demokratische Maßnahme über die Zusammensetzung eures Landtages, sondern in eurer Wahlentscheidung liegt eine sehr ernste Entscheidung über euer Leben und eure Zukunft. Durch eure Abstimmung sollt ihr entscheiden, ob Frieden sein wird oder Krieg. Das Lager des Friedens ist groß und mächtig, aber um so frecher sind die Provokationen, die von den Imperialisten unternommen werden, um den Krieg auszulösen. Das werktätige Volk muß zusammenstehen und eindeutig den Kriegstreibern zum Bewußtsein bringen, daß es ihre letzte Schlacht wäre, wenn sie noch einmal den Krieg herbeiführen würden. Darum, Männer und Frauen, bringt das durch eure Wahlentscheidung am Sonntag zum Ausdruck.

Keine Stimme den Parteien, die im Bonner Spalterparlament und in den Landtagen die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte unterstützen, und alle Stimmen der Partei, die für die Einheit Deutschlands, für seine nationale Unabhängigkeit, für einen Friedensvertrag, für den Abzug der Besatzungstruppen kämpft! Wählt die Partei Max Reimanns, der ein erprobter, unbeugsamer und treuer Sohn des werktätigen Volkes, der Freund der Sowjetunion und der kompromißlose Kämpfer gegen Krieg und Faschismus ist.

Rundfunkansprache am 18. Juni 1950.

Feste Freundschaft zwischen Sorben und Deutschen

*Rede auf dem sorbischen Volkstreffen
in Bautzen am 9. Juli 1950*

Liebe Freunde! Werte Anwesende!

Ich danke Ihnen allen auf das herzlichste für Ihre Begrüßung und erwidere sie ebenso herzlich. Mein Gruß gilt vor allem der sorbischen Bevölkerung, den Männern und Frauen und der Jugend, die sich in der Domowina, dem Bund der Lausitzer Sorben, ihre große Heimatorganisation geschaffen haben. Mein Gruß gilt der Leitung der Domowina, der ich besonders für die Einladung danke, als Ehrengast an dem großen sorbischen Volkstreffen teilzunehmen, zu dem Sie sich in diesen Tagen hier in Bautzen versammelt haben. Es ist mir eine große Ehre, bei diesem schönen Kulturfest in Ihrer Mitte zu weilen und an Ihrer Freude teilnehmen zu können. Es ist immer etwas Großes und Schönes um die Gemeinschaft, die sich aus der gemeinsamen Arbeit, der geschichtlichen Entwicklung eines Volkes, seinen kulturellen Besonderheiten und der Pflege seiner Lebensgewohnheiten ergibt.

Mein Gruß gilt den deutschen Teilnehmern dieses Kulturtreffens unserer sorbischen Brüder und Schwestern. Die starke Anteilnahme der deutschen Bevölkerung ist ein schöner Beweis der brüderlichen Gemeinschaft zwischen allen friedensgewillten, schaffenden Menschen in unserer Republik. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen denen entschuldigen, die mich aus Anlaß meiner Anwesenheit in Bautzen ersuchten, auch ihnen einen Besuch abzustatten, was ich aber wegen der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit leider ablehnen mußte. Vielleicht bietet sich dazu später die Gelegenheit.

Meinen Gruß möchte ich noch den sorbischen und deutschen Aktivisten aus den Betrieben und Dörfern, aus den MAS und den Schulen entbieten. Ihre hervorragende Arbeitsleistung gibt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Möglich-

keit, stetig den Lebensstandard unseres Volkes zu verbessern. Mein Gruß gilt auch noch unserer zukunftsfrohen Jugend, den Jungen und Mädchen, der Freien Deutschen Jugend und der großen Zahl der Pioniere. Liebe Freunde, seien Sie sich alle bewußt, Ihr Jungen und Ihr Alten, daß das herrliche Deutschland-treffen unserer Freien Deutschen Jugend in Berlin den Erfolg hatte, daß unsere Nachbarvölker voller Vertrauen auf die friedliebenden, demokratischen Kräfte unseres Volkes blicken. Denn sie sagen sich, wenn die deutsche Jugend im Lager des Friedens steht, werden sie nie mehr von deutscher Seite bedroht, wird es den Kriegstreibern nicht mehr gelingen, Deutsche für einen neuen Weltkrieg zu mißbrauchen.

Der Ausdruck dieses großen Vertrauens sind die in den letzten Wochen von unserer Regierung mit der Volksrepublik Polen, der Republik der Tschechoslowakei und der Volksrepublik Ungarn abgeschlossenen Handels- und Freundschaftsverträge. In dieser Woche trafen sich unser Ministerpräsident Otto Grotewohl und der Ministerpräsident der Volksrepublik Polen, Cyrankiewicz, hier im benachbarten Görlitz, um für alle Zeiten die Friedensgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen zu markieren.

Liebe Freundel Während wir so mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern Verträge des Friedens und der Freundschaft abschließen, während wir uns hier des schönen Tages erfreuen, während hier unsere sorbischen Freunde sich in ihren wundervollen Volkstrachten zeigen, während die Kulturgruppen unserer sorbischen Brüder und Schwestern vor uns ein wundervolles Bild ihrer alten Sitten und Gebräuche entwickeln, da brausen amerikanische fliegende Festungen über Korea und bringen unsagbares Leid, Tod und Verderben über ein kleines tapferes Volk, das um seine Freiheit ringt. Seit zwei Wochen befinden sich die koreanischen Arbeiter und Bauern in einem erbitterten Kampf gegen die amerikanische Invasion. Zur Täuschung der Völker erfanden die amerikanischen Kriegsbrandstifter die Lüge, Nordkorea hätte den Krieg begonnen.

Liebe Freundel Es gibt keinen Krieg der Bevölkerung in Nord- und Südkorea. Es gibt nur einen Kampf des koreanischen Volkes gegen die amerikanischen Eindringlinge und gegen die kleine

Clique einheimischer, korrupter Generale und Beamter, die nur leben können, solange die Amerikaner im Lande sind. Die amerikanischen Rüstungsindustriellen, die am letzten Krieg 52 Milliarden Dollar verdienten, haben in Südkorea eine Armee aufgestellt, die amerikanische Uniformen trägt, amerikanische Waffen besitzt und von amerikanischen Offizieren instruiert wird. Die New-Yorker Zeitung „Herald Tribune“ erklärte am 5. Juli dieses Jahres:

„In Südkorea hat der amerikanische Steuerzahler eine Armee, die ein ausgezeichneter Wachhund ist. Sie schützt die kapitalistischen Investitionen in diesem Lande und stellt eine Kraft dar, die bei Minimalausgaben Maximalergebnisse verbürgt.“

In diesen Worten zeigt sich der ganze unverschämte Zynismus der Dollarkönige. Sie wollen aus einem Dollar drei machen. Es läßt sie ungerührt, wenn dabei Millionen Menschen ums Leben kommen, denn der Mensch ist nach der Auffassung dieser Kriegsgewinnler das Billigste bei einem Krieg.

Das koreanische Volk empfindet, genauso wie unser deutsches Volk, die Schande und Not der nationalen Zerrissenheit. Die Koreaner hassen die amerikanischen Lakaien. Die in Deutschland erscheinende britische Zeitung „Die Welt“ mußte am 1. Juli zugeben, daß weder das Volk von China noch von Vietnam, auch nicht die Koreaner für eine Regierung kämpfen wollen, an die sie nicht glauben.

Die amerikanischen Lakaien in Südkorea befinden sich in den größten wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten. Statt ihren Bankrott einzugestehen und zu verschwinden, spekulieren sie mit einem Krieg in der verzweifelten Hoffnung, auf diese Weise ihre Herrschaft zu verlängern.

Die „Neue Zürcher Zeitung“, ein Organ der Schweizer Großindustriellen, schrieb am 20. Juni dieses Jahres:

„Es fehlt im südlichen Korea nicht an Leuten, die eine Lösung der das Land schwer bedrückenden Probleme im militärischen Angriff auf den Norden sehen.“

Das sind die Tatsachen. Eine Clique von Landesverrätern, von korrupten Generalen und Politikern, bezahlt von den amerikanischen Rüstungsindustriellen, treibt ein Volk in den Krieg, um

das ganze Land den gewinnhungrigen Konzernherren der USA auszuliefern.

Doch sie haben die Rechnung ohne das koreanische Volk gemacht. Zwar können sie aus der Luft friedliche Dörfer und Städte bombardieren, aber dort, wo der Kampf um den Boden, um den Acker des Bauern, um den Arbeitsplatz des Arbeiters, um Stadt und Dorf ausgetragen wird, dort werden sie in die Flucht geschlagen, zum Rückzug gezwungen. Das koreanische Volk wird die frechen Eindringlinge aus seinem Land verjagen und damit gleichzeitig auch die schmutzigen Geschäftemacher, die mit dem Blut und Schweiß der Arbeiter und Bauern ihr Parasitendasein unter dem Schutz amerikanischer Bajonette verlängern wollen.

Korea zeigt, was ein Volk vermag, wenn es einig ist, wenn es sich nicht von Agenten amerikanischer Imperialisten spalten läßt. Das koreanische Volk verteidigt seine Heimat, weil es seine Heimat liebt, weil es nicht Sklave der imperialistischen Räuber sein will. Darum senden wir auch von unserer heutigen Kundgebung unseren Gruß dem tapferen koreanischen Volk, verbunden mit dem heißen Wunsch, daß es ihm recht schnell gelingen möge, die amerikanischen Eindringlinge aus dem Lande zu vertreiben, damit es in Frieden sein demokratisches Aufbauwerk fortsetzen kann.

Korea, liebe Freunde, zeigt uns aber auch die große Gefahr, in der wir alle hier in Deutschland schweben durch die Kriegsprovokationen des amerikanischen Imperialismus. Die Anwesenheit amerikanischer Truppen, Panzer und Flugzeuge in Westdeutschland und Westberlin stellt eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Die westlichen Besatzungsmächte sind seit Jahren die treibende Kraft der Spaltung Deutschlands. Sie wollen Westdeutschland in eine militärische Aufmarschbasis für den Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion, gegen die volksdemokratischen Länder und gegen uns, gegen die Deutsche Demokratische Republik, verwandeln.

Die Kriegstreiber machen daraus schon kein Geheimnis mehr. So schrieb der bekannte englische Journalist Alexander Clifort in der konservativen englischen Zeitung „Daily Mail“ im Mai dieses Jahres:

„Wir können den Deutschen eine Uniform anziehen und sie einfach als Militärpflichtige unter unser Kommando stellen.“

Die Nachrichten, die aus Westdeutschland vorliegen, zeigen, daß bereits viele Tatsachen über die Einbeziehung Westdeutschlands in die Vorbereitung eines neuen Krieges geschaffen sind.

Dazu gehören die Kriegsvorbereitungen an den Rheinbrücken und am Loreleifelsen. Durch die Sprengung des Loreleifelsens und die dadurch herbeizuführende Stauung des Rheinstromes soll eine Überflutung von Tausenden Quadratkilometern Land herbeigeführt werden, die Dörfer und Städte zerstören und Tausenden Menschen das Leben kosten würde.

Zu dieser Kriegsvorbereitung gehört auch die internationale Ausbildungsschule in Hessen, unmittelbar an der Zonengrenze. Unter amerikanischer Leitung werden die Offiziere der westeuropäischen Staaten an amerikanischen Waffen ausgebildet.

Dazu gehört die ständige Werbung von Fremdenlegionären unter der westdeutschen Jugend. Mehr als hundert Jugendliche treten jeden Tag der Fremdenlegion bei, weil sie darin einen Ausweg aus ihrem Hungerdasein, aus der zermürbenden Erwerbslosigkeit erblicken. Es ist bekannt, daß in Vietnam fast 100 000 Deutsche den schmutzigen Krieg der französischen Kriegsgewinnler gegen Bauern und Arbeiter führen.

Dazu gehört die Erklärung Churchills, daß der Sieg des koreanischen Volkes zum dritten Weltkrieg führen würde. Gleichzeitig drohte Churchill mit dem großen Vorrat amerikanischer Atombomben.

Dieser berufsmäßige Kriegsbrandstifter Winston Churchill droht also mit dem Abwurf von Dutzenden Atombomben, und wenn die halbe Menschheit dabei zugrunde geht, ihn stört das nicht. Dazu gehört die gestern durch Truman, den USA-Präsidenten, verkündete Mobilisierung von zwei Millionen amerikanischer Reservisten gegen die Koreaner und die Verwendung von weiteren 260 Millionen Dollar zur beschleunigten Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben.

Doch sie irren sich, die Herren Churchill, Truman, Clifford und MacArthur und wie sie alle heißen. Ihre Kriegspläne werden nicht in Erfüllung gehen. Ihnen steht entgegen der Wille der Völker, den Krieg zu verhindern und den Frieden zu sichern.

Der Aufruf des Ständigen Ausschusses des Weltfriedenskongresses, jeder Mensch möge seine Unterschrift zum Verbot der Atombombe geben, hat ein millionenfaches Echo in der ganzen Welt gefunden. Die westliche Propaganda sucht die Menschen glauben zu machen, daß der Krieg nicht zu verhindern sei, weil er eben kommen muß, und darum die Vorbereitungen für den Krieg.

Nein, liebe Freunde, nein, ihr Mütter, nein, ihr jungen Menschen, der Krieg muß nicht kommen, der Krieg wird nicht kommen, wenn jede Frau, jede Mutter, jeder Vater, jeder Jüngling, jedes Mädchen bereit ist, für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen.

Immer haben die Ausbeuter und Unterdrücker die Völker gegeneinander gehetzt. Teile und herrsche — war ihr Prinzip. Doch dort, wo die Völker diesen Betrug erkannten, der Spaltung die Einheit, der gegenseitigen Verhetzung die Solidarität, dem Völkerhaß die Völkerfreundschaft gegenüberstellen — dort waren die Völker unbesiegbar.

Hunderte Millionen friedliebender Menschen haben mit ihrer Unterschrift zum Verbot der Atombombe, zur Ächtung jener Macht, welche die Atombombe benutzt, den Kriegstreibern Furcht und Schrecken eingejagt. So mußte die amerikanische Wochenzeitschrift „News Week“ in ihrer Nummer vom 3. Juli mit der Überschrift „1 zu 0 für Moskau“ eingestehen:

„Washington ist durch die Lawine von Unterschriften alarmiert, die den Friedensvorschlag der Kommunisten zur Ächtung der Atombombe unterstützen.“

Freunde, laßt uns alle dafür sorgen, daß den Kriegstreibern das Handwerk gelegt wird. Jeder, ob Mann, ob Frau, ob Sorbe oder Deutscher, ob jung oder alt, alle müssen in unserer Republik ihre Unterschrift geben zum Verbot der Atombombe. Unsere Heimat kann nur im Frieden gedeihen, und deshalb müssen wir den Kampf zur Erhaltung des Friedens im Bündnis mit der Großen Sozialistischen Sowjetunion, den volksdemokratischen Ländern, mitten im großen Weltfriedenslager führen, an dessen Spitze unser bester Freund und Lehrer, Generalissimus Stalin, steht.

Liebe Freunde! Die Weltfriedensbewegung erwartet von uns, daß gerade wir in Deutschland vorangehen in der Gewinnung

aller Deutschen für diesen Schicksalskampf der Menschheit. Bildet in Stadt und Land, in Betrieben und Hochschulen Friedenskomitees. Sie müssen eine breite Aufklärungskampagne im ganzen Volk entfalten, damit jeder weiß, daß der Frieden von den imperialistischen Mächten bedroht wird und daß die Sowjetunion den Völkern den Frieden erhalten will. Jeder muß sich davon überzeugen, daß nur im Bündnis mit den Friedensfreunden sein eigenes Leben, das Leben unserer Kinder, das Leben unserer Nation erhalten werden kann.

So haben sich die demokratischen Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossen zur Wiedererringung unserer durch die Schuld der westlichen Besatzungsmächte zerschlagenen Einheit der Nation. Der Kampf um unsere Einheit ist untrennbar mit dem Kampf um die Erhaltung des Friedens verbunden. Ohne den Frieden gibt es keinen friedlichen Aufbau, ohne Frieden bleibt uns der Weg für die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands verschlossen.

Das deutsche Volk muß aus zwei Weltkriegen die Lehre ziehen, nicht wieder den berufsmäßigen Kriegshetzern zu glauben, sondern seiner eigenen Kraft zu vertrauen. Es muß endlich einmal für die Erhaltung des Friedens einig sein. Nur durch seine Einigkeit im Kampf um den Frieden wird das deutsche Volk die Kraft finden, die westlichen Besatzungsmächte zum Verlassen Deutschlands zu zwingen, um seine Heimat nach eigenem Willen zu gestalten.

Vor uns steht die Aufgabe, das so erfolgreich begonnene Werk zur Festigung unserer demokratischen Ordnung fortzusetzen und noch weiter zu entfalten. Vor uns steht die Aufgabe, mit allen friedliebenden Menschen die Probleme zu lösen, die zur Hebung des Wohlstandes unseres Volkes gelöst werden müssen. Die antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen in unserer Republik faßten jetzt den Beschluß, die Wahl am 15. Oktober auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms und gemeinsamer Listen durchzuführen. Dieser Beschluß ist der Ausdruck der richtigen Erkenntnis, daß nur im gemeinsamen Handeln die Sicherheit des Erfolges liegt. Ein gemeinsames

Wahlprogramm, gemeinsame Listen aller ehrlichen, aufbauwilligen, friedlichen Parteien und Organisationen sichern wahrhaft freie, demokratische Wahlen und schaffen die wichtigste Voraussetzung für die Festigung unserer friedlichen, demokratischen Ordnung.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik gibt es keine Frage, die wir nicht mit allen Parteien und Organisationen gemeinsam lösen können. Die letzten fünf Jahre sind dafür Beweis genug.

Einen Beweis dafür gibt auch der heutige Tag, Ihr sorbisches Volksfest. Jahrhundertlang wurden die Sorben gegen die Deutschen, die Deutschen gegen die Sorben gehetzt. Jetzt stehen sie als Gleichberechtigte zusammen. Die Deutsche Demokratische Republik hat in richtiger Erkenntnis der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte der Sorben die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Grundlagen geschaffen, damit unsere sorbischen Brüder und Schwestern völlig gleichberechtigt mit den Deutschen sind. Die Deutsche Demokratische Republik gab den Sorben das Recht der Einführung ihrer alten sorbischen Sprache in Behörden und Schulen. Die Deutsche Demokratische Republik förderte weitestgehend die sorbischen kulturellen Einrichtungen und unterstützt die Pflege der sorbischen Sitten und Gebräuche.

Ich freue mich besonders, daß unsere Jugend auch in dieser Frage die Initiative ergriffen hat. Mit dem Beschluß des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend vom 7. März 1950 wurde ausdrücklich die Gleichberechtigung der sorbischen Jugend innerhalb der Freien Deutschen Jugend festgelegt, die Förderung der Zweisprachigkeit in den sorbischen Gebieten zur Aufgabe gesetzt und alle zuständigen Kreis- und Ortsorganisationen verpflichtet, der Entfaltung der sorbischen Kulturarbeit größte Unterstützung angedeihen zu lassen.

Seien Sie versichert, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Durchführung dieser Aufgaben fördern und keine Beeinträchtigung der Gleichberechtigung aller Sorben mit den Deutschen dulden wird. Wir erwarten von allen Regierungsstellen und Verwaltungsorganen, von Sorben und Deutschen brüderliche Toleranz, Aufrichtigkeit und gegenseitiges Verstehen.

Gerade wir Deutsche müssen uns nach der jahrhundertelangen Unterdrückung anderer Nationen verpflichtet fühlen, den Beweis zu erbringen, daß wir uns von jeder nationalen Überheblichkeit befreit haben und daß wir jedes Volk einzig und allein danach bewerten, welchen Anteil es nimmt am Kampf zur Erhaltung des Friedens und zur Festigung einer friedlichen, demokratischen Ordnung.

Dazu wird auch der am 20. Juli in Berlin beginnende III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beitragen. Er wird für unseren gemeinsamen Kampf zur Erhaltung des Friedens, für die Vertiefung und Stärkung der Freundschaft mit den friedliebenden Kräften in unserem Land, für einen friedlichen Aufbau, der unserem ganzen Volk einen hohen Lebensstandard sichern wird, außerordentlich wichtige Beschlüsse fassen. Er wird vor allem dafür Sorge tragen, daß alle antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen unserer Republik ihre Hauptaufgabe darin sehen, unser Volk zu gemeinsamem Kampfe zusammenzuschließen, und daß nicht, wie es in Westdeutschland und in Westberlin der Fall ist, die Parteien sich gegenseitig bekämpfen und dadurch den Feinden des Friedens in die Hände arbeiten. Wie die Einheit Deutschlands, so muß auch die Herstellung der Einheit unseres Volkes uns helfen, ein neues, friedliches Deutschland aufzubauen, in dem alle Menschen in Glück und Wohlstand leben.

So rufe ich der sorbischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, vor allem der Jugend, zu: Reihen Sie sich alle ein in den großen Kampf um den Frieden, um die Einheit unseres Vaterlandes, um den Aufbau unserer Friedenswirtschaft. Denn nur durch unser eigenes Werk werden wir uns ein besseres Leben verschaffen.

Seien Sie gewiß, daß der Weg, auf dem die friedliebenden, demokratischen Kräfte heute schreiten, daß dieser Weg uns in eine lichte, frohe Zukunft führt. Unser schönes Deutschland bietet Platz für alle ehrlich schaffenden Menschen. Es muß für immer die Heimat des Friedens und der Völkerfreundschaft sein.

Wir stehen nicht allein! An unserer Seite steht das ganze gewaltige Lager des Friedens. Immer wird uns ein treuer Freund und Helfer sein der Führer des Weltfriedenslagers, Generalissimus Stalin.

Mechoschije Sorbski Lud!

Es lebe das sorbische Volk, die sorbische Jugend und die
sorbische Heimatorganisation, die Domowina!

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik!

Es lebe die Verbrüderung mit der friedliebenden Welt!

Es lebe die Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion!

Es lebe der Freund und Helfer der fortschrittlichen Mensch-
heit im Kampf um den Frieden, Generalissimus Stalin!

*„Pressediensl der SED“ ,
10. Juli 1950.*

Wie wir den Kampf um den Frieden führen müssen

In der Aufklärungsarbeit unter den Massen müssen viel mehr als bisher die engen persönlichen Bindungen zwischen den amerikanischen Trusten und den gefährlichsten Kriegstreibern in der USA-Regierung aufgedeckt werden.

Da ist der berühmte *John Foster Dulles*. Er war einige Tage vor der amerikanischen Invasion in Korea am 38. Breitengrad, um „die Front zu besichtigen“. John Foster Dulles ist Mitbesitzer der amerikanischen Anwaltsfirma Sullivan & Cromwell, die zu ihren wichtigsten und ertragreichsten Kunden Unternehmungen des Morgan- und Rockefeller-Trustes zählt. Als Vertrauensmann amerikanischer Banken arrangierte Dulles die USA-Anleihen zum Wiederaufbau der deutschen Schwerindustrie während der Weimarer Zeit. Er trat in Geschäftsverbindungen mit der Kölner Bank des Herrn Kurt von Schröder, der die Zusammenkunft der rheinisch-westfälischen Industriellen mit Hitler organisierte und damit faktisch Hitler in den Sattel hob. Dieser Dulles, der best-bezahlte Rechtsanwalt in den USA, Vertreter und Beteiligter an den Bank-, Öl- und Stahlkonzernen der USA, übt heute die Funktion eines außenpolitischen Beraters des Präsidenten Truman aus.

Da ist der USA-Verteidigungsminister *Johnson*. Er fing nach dem ersten Weltkrieg als Funktionär der reaktionären, halb-faschistischen Frontkämpfervereinigung „American Legion“ und Rechtsanwalt für die IG Farben an. 1937 wurde er unter Roosevelt Staatssekretär im Kriegsministerium und gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied im New-Yorker Bankhaus J. Henry Schroder, das eng mit dem Bankhaus des Naziaktivisten Kurt von Schröder verbunden ist. Das New-Yorker Bankhaus Schroder ist an führenden Flugzeugwerken beteiligt. Der Staatssekretär im Kriegsministerium Johnson übergab Kriegsaufträge für den Flugzeugbau ausgerechnet an jene Flugzeugfirmen, mit denen das Bank-

haus Schroder, in dessen Verwaltung er saß, engste geschäftliche Beziehungen hatte. Wie ertragreich diese Beziehungen sein mußten, wird aus der Tatsache ersichtlich, daß Johnson nach seinem Austritt aus der Regierung Direktor dieser Flugzeugwerke wurde. Im Dezember 1949 berief Truman das Aufsichtsratsmitglied des Bankhauses Schroder und den Direktor der Flugzeugwerke wieder in die Regierung als Kriegsminister. Jetzt hatte Johnson die beste Gelegenheit, die 15 Milliarden Dollar des Rüstungsetats an jene Betriebe zu leiten, mit denen er rein „zufällig“ als Bankier geschäftliche Beziehungen hat. So konnte zum Beispiel der Stahltrust seine Profite um 27 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöhen, obwohl die Produktion geringer war. Der Stahltrust aber wird von der Morganbank kontrolliert, die wieder mit dem Bankhaus Schroder liiert ist.

Dulles und Johnson sind nur zwei von dieser Sorte USA-Politiker, die auf den Krieg hinarbeiten. Aber so sind sie alle. Ihre Kriegshetze, ihre Lügen, die Verleumdungen der friedliebenden Nationen dienen unmittelbar der Erhöhung ihrer Dividenden. Jedes Flugzeug, das nach Korea geschickt wird, jeder Panzer, der in Korea eingesetzt wird, stammt aus jenen Betrieben, von denen solche Leute wie John Foster Dulles und Johnson unmittelbare Gewinne herauspressen.

Die USA-Politiker reden vom Frieden und meinen den Krieg. Sie reden vom Völkerrecht und meinen ihre Dividenden. Sie reden von der Verteidigung der Zivilisation und meinen die Verteidigung ihres Rechtes, aus dem Blut und aus den Tränen der Menschen Gold und Dollars zu schlagen. Jeder Agitator für den Frieden, jeder, der es ernst meint, den Völkern den Frieden zu erhalten, muß diese Tatsache ins Volk tragen. Für jeden Menschen muß der Name Dulles untrennbar verbunden sein mit Dollar, der Name Johnson unmittelbar verbunden werden mit Dollarprofiten aus dem Mord an friedliebenden Völkern.

Als Truman die bewaffnete Intervention in Korea befahl, ging die Regierung der USA von der Vorbereitung der Aggression zur offenen Aggression über. Die USA-Regierung hat sich damit vor aller Welt als Feind des Friedens entlarvt. Die westliche Kriegshetzerpresse und die westlichen Rundfunkstationen der Kriegsprovokateure sorgen dafür, daß die Nachricht von dem

Einsatz amerikanischer Bomber und Panzer in Korea in der ganzen Welt verbreitet wird. Mit den täglichen Niederlagen, die die koreanischen Truppen den amerikanischen Eindringlingen bereiten, steigert sich die verlogene Hetze der Kriegstreiber. Sie versuchen den Menschen einzureden, die nordkoreanische Bevölkerung habe den Krieg begonnen und die USA verteidigen den Frieden. Das ist der größte Schwindel, mit dem die Volksmassen für den Krieg gewonnen werden sollen.

Täuschen wir uns nicht über die Auswirkung dieser ideologischen Kriegführung, wie sie jetzt mit dem großen Propagandaapparat des USA-Imperialismus durchgeführt wird. Es ist deshalb unsere Aufgabe, das wirkliche Geschehen in Korea täglich jedem Menschen zu vermitteln. Wir dürfen uns keineswegs damit begnügen, einmal in einer Versammlung, einem Diskussionsabend, einem Zeitungsartikel oder einem Flugblatt der Bevölkerung über das verbrecherische Attentat der USA-Regierung auf den Frieden und die ununterbrochene Kette von Verbrechen gegenüber dem koreanischen Volk zu berichten und dagegen zu protestieren. Denken wir an Lenins Mahnung, vor den Massen zu erklären, „wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird“. Deshalb gehört zu der Darstellung der bewaffneten Intervention des USA-Imperialismus in Korea die grundsätzliche Klarstellung und Beweisführung, daß es ihm darauf ankommt, die Weltherrschaft an sich zu reißen. Die USA-Imperialisten, die über mehr als die Hälfte der gesamten kapitalistischen industriellen Produktion verfügen, haben Hitlers wahnsinnigen Plan zur Unterjochung der Welt übernommen. Sie fühlen sich dazu durch das ständige Wachstum der Krise veranlaßt, die durch folgende Tatsachen gekennzeichnet ist:

1. Die USA-Ausfuhr geht seit dem Jahre 1947 rapide zurück. Sie beträgt 1950 kaum ein Drittel gegenüber der Ausfuhr von 1947. Dabei muß berücksichtigt werden, daß in den Zahlen der Jahre 1948 bis 1950 die staatlich finanzierte und geförderte Ausfuhr in der Form des Marshallplanes enthalten ist.

2. Die Produktion in den USA geht zurück. Treffendster Ausdruck hierfür ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit, die nach offiziellen Zahlen $4\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitslose, aber nach den

Zahlen der amerikanischen Gewerkschaften das Doppelte beträgt, wozu noch die gleiche Zahl von Kurzarbeitern kommt, so daß in den USA 18 Millionen Vollerwerbslose und Kurzarbeiter geschätzt werden.

3. Im Kampf um den Absatzmarkt stehen die USA-Exporteure immer erbitterter den englischen Konkurrenten gegenüber. Großbritannien konnte seine Ausfuhr von 1947 zu 1950 um 50 Prozent steigern. Die wesentliche Ursache liegt darin, daß England im Gegensatz zu den USA von den Ausfuhrländern gleichzeitig Einkäufe tätigt, während die USA den Export ohne gleichzeitigen Import erzwingen.

4. Die USA-Imperialisten hofften, daß die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder viele Jahre benötigen, um den Friedensstand zu erreichen. Sie spekulierten dabei auf große Lieferungsverträge an diese Länder mit entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Erpressungen. Diese Spekulation schlug fehl. Die Sowjetunion erreichte bereits im Jahre 1948 das Vorkriegsniveau, im Jahre 1949 hatten die volksdemokratischen Länder den Vorkriegsstand weit überschritten.

Zu dieser für die USA-Imperialisten unangenehmen wirtschaftlichen Entwicklung kommt das politische Fiasko ihrer Außenpolitik, das sich besonders in dem Sieg der Volksrepublik China, in der Konstituierung der volksdemokratischen Republik Korea und in der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ausdrückte.

Die allen bekannten ständig steigenden Rüstungsausgaben in den USA zeigen uns:

a) wie systematisch die USA-Regierung auf den dritten Weltkrieg hinarbeitet,

b) daß mit einer Rüstungsausgabe von mehr als 15 Milliarden Dollar in diesem Jahr das Wachstum der Krise in den USA wohl vermindert, aber nicht aufgehalten wird.

Aber das ist nur eine Seite unserer Aufklärungsarbeit. Zum anderen müssen wir jede Frau, jede Mutter, jeden jungen Menschen überzeugen, daß der Krieg zu verhindern ist und wie glücklich die Menschheit ohne Krieg leben würde. Es gibt wohl

keine Stadt in unserer Republik, die nicht durch ihre Ruinen schreckliche Zeichen des letzten Krieges trägt.

Jetzt bauen wir wieder auf.

Es kommt nun darauf an, überall in Betrieben und Häusern, in Schulen und Büros, in Gaststätten und Verkaufsläden den Menschen begreiflich zu machen, was wir gewinnen, wenn uns der Friede erhalten bleibt, und was wir verlieren, wenn die Kriegsfurie wieder über uns hinwegrast. Denken wir an das Wort von Stalin:

„Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker in Europa die größten Potenzen zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“

Unsere Aufgabe besteht heute darin, alle Kräfte unseres Volkes zur Verhinderung des Krieges, zur Erhaltung des Friedens zu entfalten. Die Kriegstreiber wollen durch ihre verlogene, giftige Hetzpropaganda eine Atmosphäre der Unruhe, der Furcht, der psychologischen Einstellung auf den Krieg vorbereiten. Wir müssen demgegenüber eine Atmosphäre der Ruhe, der Zuversicht, des Vertrauens in die eigene Kraft und die Stärke des Friedenslagers schaffen. In der täglichen Diskussion mit unseren Arbeitskollegen, den Nachbarn, unseren Verwandten und Bekannten gilt es die Erfolge der Friedensfront, des erfolgreichen Widerstandes der Völker gegen die Kriegsvorbereitungen, der felsenfesten Überzeugung, daß die Menschen den Frieden erhalten können, an immer neuen Beispielen zu demonstrieren.

Wir wissen, daß die Agitation allein nicht genügt. Zu der Agitation muß die Organisation treten. Wir müssen die friedensgewillten Menschen, ganz gleich welches ihre politische und weltanschauliche Auffassung ist, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Parteien und Organisationen in der Friedensbewegung, geführt von den betrieblichen und örtlichen Friedenskomitees, zusammenschließen. Ihre Aufgabe ist es, die Aufklärung in die Massen zu tragen, die neuen Ereignisse vom

Standpunkt des Kampfes gegen den Krieg zu erklären und die Beispiele der Abwehr kriegerischer Vorbereitungen zu popularisieren. Dazu gehört der Erfahrungsaustausch der Friedenskomitees. Alle Menschen müssen wissen, wie der Kampf zur Erhaltung des Friedens erfolgreich geführt wird. Die Friedenskomitees dürfen sich nicht bei der Verbreitung ihrer Erfahrungen auf die vorhandenen Zeitungen beschränken. Es ist notwendig, durch Anschlagtafeln in den Betrieben, in den Häusern und Verwaltungen, in den Schulen und an Straßenkreuzungen die wichtigsten Meldungen über die Erfolge im Kampf um den Frieden allen Menschen zu vermitteln. Der einzelne Friedenskämpfer muß wissen, daß er zu der Millionenzahl der friedliebenden Menschen in der ganzen Welt gehört und daß der Erfolg aller, der gemeinsam errungene Erfolg jedem einzelnen dient.

Es gilt aber auch immer wieder klar und deutlich auszusprechen, daß den entscheidenden Faktor im Kampf um die Erhaltung des Friedens die Sozialistische Sowjetunion darstellt. Die anti-sowjetische Hetze muß als eines der gefährlichsten Mittel der ideologischen Kriegsvorbereitungen jedem Menschen bewußt werden. Die friedliebende Bevölkerung müssen wir überzeugen, daß die Existenz der Sowjetunion, ihr schnelles ökonomisches und kulturelles Wachstum die stärkste Stütze des Weltfriedenslagers bedeutet. Die Hetze gegen die Sowjetunion durch die USA-Imperialisten ist deshalb die propagandistische Vorbereitung des Krieges gegen die friedliebende Welt. Unsere Partei hat bereits mit dem Beschluß des Politbüros vom 1. März 1949 unmißverständlich erklärt:

„Die Sowjetunion ist kein Aggressor, sondern die stärkste Friedensmacht der Welt. Das Politbüro der SED ruft deshalb das deutsche Volk auf, sich mit aller Entschiedenheit gegen die Kriegshetze und die Kriegsvorbereitungen der Westmächte gegen die Sowjetunion zur Wehr zu setzen. Im Falle der Aggression muß das deutsche Volk gegen die Aggressoren kämpfen und die Sowjetarmee in der Herbeiführung des Friedens unterstützen.“

Wir müssen uns mit Hilfe der Friedenskomitees das Ziel setzen, durch die ständige, nie erlahmende Arbeit unter den Massen alle Freunde des Friedens zu überzeugen, daß die

Existenz der Sowjetunion den Weltfrieden sichert, jeder Angriff auf die Sowjetunion einen Angriff auf das Recht des friedlichen Lebens jeder Nation und jedes einzelnen Menschen bedeutet.

Täglich den Massen die Kriegsvorbereitungen aufdecken, grundsätzliche Klarheit über den zum Krieg treibenden Imperialismus schaffen, durch die Friedenskomitees den Massenkampf leiten und entfalten, allen Friedenskämpfern das starke Bewußtsein geben, daß mit der Sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins der Krieg verhindert werden kann, heißt der Welt den Frieden zu erhalten.

*„Neues Deutschland“, Berlin,
16. Juli 1950.*

Vom II. zum III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Für Frieden und Einheit

Am 20. Juli 1950 wird in Berlin der III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eröffnet. Eine zentrale Frage, die der Parteitag behandelt, ist die Frage, wie die Partei seit dem II. Parteitag (20. bis 24. September 1947) den Kampf für den Frieden und für die Einheit Deutschlands geführt hat.

In den „Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, beschlossen auf dem Vereinigungsparteitag am 21. April 1946, wurde zur Sicherung des Friedens und zur Erhaltung der Einheit Deutschlands die Vernichtung der Überreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus gefordert. Die SED befand sich mit dieser Forderung vollständig in Übereinstimmung mit den Beschlüssen von Jalta und Potsdam. Sie hat in der sowjetischen Besatzungszone mit der Durchführung der Bodenreform, der Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, der Säuberung des Staatsapparates von Militaristen die geforderte Voraussetzung für die Sicherung des Friedens geschaffen. Die sowjetische Besatzungsmacht hat in jeder Weise dieses friedliche, demokratische Werk gefördert und unterstützt.

Völlig entgegengesetzt handelten die westlichen Besatzungsmächte. Die Resolution des II. Parteitages stellte fest, daß in Westdeutschland mit Zustimmung und Förderung der Besatzungsmächte Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, Militaristen und reaktionäre Verwaltungsbürokraten die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus neu errichten. Die Einbeziehung Westdeutschlands in den „Marshallplan“ bezeichnete die Resolution als einen Versuch, das Ruhrgebiet der Verfügungsgewalt des anglo-amerikanischen Monopolkapitals zu unterstellen. Der II. Parteitag der SED warnte das deutsche Volk vor dieser



Präsident Wilhelm Pieck im Gespräch mit Aktivisten eines Industrierwerkes des Landes Sachsen-Anhalt



Entwicklung, denn sie mußte zur Aufspaltung Deutschlands führen und Westdeutschland bedingungslos dem anglo-amerikanischen Monopolkapital ausliefern. Die SED verlangte in konsequenter Durchführung des Potsdamer Abkommens, die Verantwortlichen für den Faschismus und Hitlerkrieg aus Verwaltung und Wirtschaft auszuschalten und sie zur Rechenschaft zu ziehen. Der Parteitag appellierte an alle Anhänger der Einheit Deutschlands, mit größter Entschiedenheit den Kampf gegen die drohende Spaltung aufzunehmen, denn, so hieß es in der Resolution, „ein zerrissenes, in Not versinkendes Deutschland ist eine Gefahr für den Frieden“.

Die westlichen Besatzungsmächte setzten mit Hilfe ihrer westdeutschen Lakaien das Werk der Spaltung Deutschlands fort. Das Saargebiet wurde der unumschränkten Gewalt des französischen Oberkommissars unterstellt und damit die Voraussetzung für die am 3. März 1950 erfolgte gewaltsame Lostrennung des Saargebiets von Deutschland geschaffen.

In der Erkenntnis, daß die Spaltung Deutschlands nur den Interessen des anglo-amerikanischen wie des deutschen Monopolkapitals dient und damit die Gefahr eines neuen Krieges wächst, führte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands einen entschiedenen Kampf gegen die Spalter, für die Einheit der Nation. Auf ihre Initiative entstand die deutsche Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Diese Bewegung erfaßte alle Schichten unseres Volkes und gewann in steigendem Maße in allen Teilen Deutschlands immer mehr Menschen, die ihren Willen bekundeten, in einem einheitlichen, friedliebenden Deutschland zu leben. Der vom 2. Deutschen Volkskongreß vom 17. bis 18. März 1948 gewählte Deutsche Volksrat führte in der Zeit vom 23. Mai bis 13. Juni ein Volksbegehren nach einer Volksentscheidung über die Einheit Deutschlands durch. In Betrieben, in allen Orten der sowjetischen Besatzungszone, aber auch in großen Kundgebungen und Versammlungen im Westen Deutschlands wurde vor dem Volke der untrennbare Zusammenhang zwischen Einheit und Frieden dargelegt. 15 Millionen, das sind 37 Prozent aller stimmberechtigten deutschen Wähler, dazu 2 Millionen Jugendliche, bekannten sich zu diesem Volksbegehren, obwohl in Westdeutschland und

in Westberlin durch die westlichen Besatzungsmächte die Einzeichnung verboten oder durch rigorose Schikanen behindert wurde.

Das Bekenntnis des deutschen Volkes zur Erhaltung der Einheit der Nation auf dem Wege des Friedens fand die Zustimmung der am 24. Juni 1948 in Warschau stattgefundenen Konferenz der Außenminister der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder.

Völlig entgegengesetzt wirkte das Volksbegehren auf die westlichen Mächte. Sie befahlen am 18. Juni 1948 in den westlichen Besatzungszonen eine separate Währungsreform. Das war ein weiterer Schritt zur Spaltung Deutschlands, eine weitere Etappe zur Schaffung der Aufmarschbasis der imperialistischen Aggressoren für ihren Krieg gegen die Sowjetunion und gegen die volksdemokratischen Länder.

Während die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder, die durch den Raubüberfall Hitlers unsagbar leiden, gewaltige Opfer bringen mußten, dem deutschen Volk die Hand boten, um als Gleichberechtigte einen gemeinsamen friedlichen Weg zum Wiederaufbau Europas zu gehen, benutzte der USA-Imperialismus den „Marshallplan“, um Westdeutschland auf das Niveau eines dollarhörigen Kolonialstaates herabzudrücken. Die zwangsweise Einfuhr teurer amerikanischer Waren, die fortgesetzte Demontage von Friedensindustrien zur Ausschaltung der deutschen Konkurrenz, die nachdrückliche Förderung militaristischer und neofaschistischer Personen und Gruppen drückten der Entwicklung Westdeutschlands und Westberlins ihren Stempel auf. Das Werk der Spaltung durch die anglo-amerikanischen Monopolherren wurde mit Hilfe ihrer deutschen Lakaien, solcher Leute vom Schlage Schumachers, Reuters, Adenauers, Jakob Kaisers und Schwennickes, der nachweisbar ein Gestapoagent war, fortgesetzt. Sie führten in Westberlin separate Wahlen durch, bei denen das Hauptthema die Antisowjethetze war, und ermunterten die Interessenten an der Ausbeutung der Ruhrkohle, indem sie die Proklamierung des sogenannten Ruhrstatuts unterstützten. Damit wurde dem deutschen Wirtschaftskörper sein industrielles Herz aus dem Leibe gerissen. In dem Aufruf des Parteivorstandes der SED zum 1. Januar 1949 wurde die ver-

räterische Politik der westlichen Parteien, insbesondere aber der SPD, als nationaler Verrat gekennzeichnet.

Auf der I. Parteikonferenz der SED vom 25. bis 28. Januar 1949 wurde im Referat „Der Kampf um den Frieden und gegen die Kriegshetze“ die Größe der Kriegsgefahr gezeigt. Es wurde der konkrete Nachweis erbracht, mit welchen Mitteln der USA-Imperialismus bemüht ist, Westdeutschland in eine Aufmarschbasis für einen Krieg gegen die Sowjetunion und gegen die volksdemokratischen Länder auszubauen. Diesen verbrecherischen Absichten stellte die Sowjetunion ihre konsequente Friedenspolitik entgegen. Sie leistete dem deutschen Volke eine große Hilfe durch ihre konsequente Anerkennung des Rechtes des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag und seine nationale Einheit, aber auch in Form von Getreide- und Fettlieferungen. Mit aller Schärfe wurde auf der Parteikonferenz die verlogene Hetze gegen das polnische Volk zurückgewiesen und erklärt: „Die Oder-Neiße-Grenze soll eine Friedensgrenze und ihre Anerkennung soll die erste Voraussetzung für eine Verständigung mit dem polnischen Volke sein.“

Die klaren Entscheidungen der Parteikonferenz gaben nicht nur unseren Mitgliedern, sondern allen friedensgewillten und nationalbewußten Menschen in Deutschland einen neuen Ansporn zur Entfaltung des Kampfes um den Frieden und für die gerechte nationale Sache der Deutschen. In dem Maße, wie sich diese nationale Friedensbewegung entfaltete, verstärkten die westlichen Imperialisten ihre Anstrengungen, Westdeutschland in Fesseln zu schlagen, die ihnen die Durchführung ihrer Kriegspolitik sichern sollten. Unter Ausschaltung des Willens der Bevölkerung wurde mit Hilfe gefälliger westdeutscher Politiker eine Bundesverfassung proklamiert, um ein sogenanntes Bonner Bundesparlament konstituieren zu können. Der CDU-Abgeordnete Adenauer, ein eingefleischter Separatist, mit dem engsten Kreis amerikanischer Monopolherren versippt und verschwägert, ließ sich in Bonn zum Bundeskanzler wählen. Die Befugnisse seiner „Regierung“ werden durch die Hohen Kommissare, wie sich jetzt die westalliierten Besatzungsspitzen nennen, bestimmt.

Die vollzogene Spaltung Deutschlands durch die Konstituierung des westdeutschen Separatstaates und die damit verbundene

wachsende Gefahr der Ausnutzung des westdeutschen Industriepotentials und der deutschen Jugend für imperialistische Aggressionen lösten eine starke Protestbewegung in ganz Deutschland aus. Der Ruf nach einer friedliebenden, nationalen, demokratischen, selbständigen Regierung des deutschen Volkes wurde in den Betrieben und Organisationen, in Stadt und Land aller deutschen Länder erhoben. In seiner Sitzung vom 4. Oktober 1949 nahm der Parteivorstand den Beschluß über „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ an. In diesem Beschluß wurde festgestellt:

„Der Bevölkerung Westdeutschlands droht die Gefahr, von den imperialistischen Mächten als Kanonenfutter des amerikanischen Imperialismus in einem neuen Weltkriege verwendet zu werden. Das würde den Untergang der deutschen Nation und die völlige Zerstörung Deutschlands bedeuten, da der Krieg auf deutschem Gebiet ausgetragen werden würde. Darum ist der Kampf für den allgemeinen Frieden und für die Freundschaft zwischen den Völkern, gegen die Kriegsbrandstifter und die Pläne der Ausnützung Westdeutschlands für deren Ziele zugleich der Kampf für die Erhaltung der deutschen Nation.“

Die Prinzipienklärung der SED über „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland“ wurde zur politischen Grundlage für den historischen Beschluß vom 7. Oktober 1949, den Deutschen Volksrat in eine Provisorische Volkskammer zu verwandeln und die Deutsche Demokratische Republik zu proklamieren. Die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik gab dem Kampf des deutschen Volkes für den Frieden und für die Einheit der Nation eine staatliche, fest fundierte, demokratische Basis. Von entscheidender Bedeutung für die Stärkung der Autorität der provisorischen deutschen demokratischen Regierung, für die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik war das Telegramm Generalissimus Stalins an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und an den Ministerpräsidenten der provisorischen deutschen demokratischen Regierung, Otto Grotewohl.

Generalissimus Stalins Worte des großen Vertrauens und der Freundschaft an die friedliebenden, demokratischen Kräfte in Deutschland führten zu einem Durchbruch in dem Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur Sowjetunion. In ehrlicher, großer Be-

wunderung feierten die Werktätigen Deutschlands den 32. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und brachten durch zahllose Geschenke zu Stalins 70. Geburtstag ihre Verehrung und Dankbarkeit zum Ausdruck.

Die in Westdeutschland von den Besatzungsbehörden immer offener betriebene Vorbereitung eines neuen Krieges rief eine starke Protestbewegung in der ganzen deutschen Bevölkerung gegen die Provokationen der USA-Imperialisten hervor. Mit großer Begeisterung wurden deshalb nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern in ganz Deutschland die Beschlüsse des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses begrüßt. Die Friedenskomitees in allen Orten und Betrieben, auch in den kleinsten Gemeinden, organisierten die Sammlung von Unterschriften zum Verbot der Atomwaffe. In kurzer Frist bekannten sich mehr als 90 Prozent der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit ihrer Unterschrift zum Aufruf des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses und reihten sich damit in das Weltfriedenslager der 800 Millionen ein.

In Westdeutschland stieß die Unterschriftensammlung für den Stockholmer Aufruf auf den erbittertsten Widerstand der Besatzungsmächte und ihrer deutschen Lakaien. Doch ungeachtet einer verlogenen Antisowjethetze gewinnt der Gedanke, für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen, immer mehr Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung. Sichtbarsten Ausdruck erhielt die Friedensbewegung durch das Deutschlandtreffen der Freien Deutschen Jugend am 28. und 29. Mai 1950 in Berlin. Zum erstenmal in der Geschichte bekundete die junge deutsche Generation durch eine Demonstration von 700 000, daß sie auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte, auf der Seite des Friedens und der Demokratie für einen friedlichen Weg des deutschen Volkes, auf der Seite der Sozialistischen Sowjetunion und des Weltfriedenslagers kämpft und sich mit Bewunderung zu Stalin, dem Führer des Kampfes für den Frieden der Welt und die Freiheit der Völker, bekennt.

Diese größte Manifestation der friedliebenden deutschen Jugend fand einen außerordentlichen Widerhall in ganz Deutschland. Besonders stark zeigte sich die Auswirkung in den westlichen Besatzungszonen. Die Friedensbewegung, die Unterschrif-

tenkampagne für das Verbot der Atomwaffe bekamen durch den großartigen Schwung der jungen Deutschen eine merkliche Belebung. Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend unterzeichnete in Berlin in der Sitzung der Exekutive des Demokratischen Weltjugendbundes einen Friedenswettbewerb. Die Jugend von Paris, Rom und Berlin verpflichtete sich, die höchste Zahl von Unterschriften zum Verbot der Atomwaffe zu sammeln. Die Berliner Organisation der Freien Deutschen Jugend meldete bereits die Zahl von 422 193 Unterschriften und will unter allen Umständen den Preis des Sieges, die Fahne des Weltbundes der Demokratischen Jugend, erringen.

Am 6. Juli 1950 wurde zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Polnischen Volksrepublik ein Abkommen geschlossen, in dem beide Staaten die Markierung der bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze an Oder und Neiße vereinbarten. Ein neues Handelsabkommen, das zwischen diesen Republiken abgeschlossen wurde, sieht eine Steigerung des Warenumsatzes um 60 Prozent vor.

Dem Abkommen mit der Polnischen Republik folgten Verträge mit der Tschechoslowakischen Republik und der Ungarischen Republik. In beiden Verträgen wurde der Kampf für die Erhaltung des Friedens und für die Festigung des von der Sowjetunion geführten Friedenslagers als Hauptaufgabe bezeichnet. Die im Geiste wahrer Völkerfreundschaft und im Geiste des sozialistischen Internationalismus unterzeichneten Abkommen stärkten die Autorität der Deutschen Demokratischen Republik und stärkten damit die Kräfte des Friedens, die Kräfte, die ganz Deutschland auf den friedlichen, demokratischen Weg führen wollen.

Bei der Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 wurde festgelegt, daß ein Jahr später die provisorische Regierung allen Wählern Gelegenheit geben wird, sich zur Politik der Regierung durch einen Wahlentscheid zu bekennen. Der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen in der Deutschen Demokratischen Republik beschloß einstimmig am 16. Mai 1950 ein einheitliches Wahlprogramm für die Wahlen am 15. Oktober 1950 und die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Dieser bedeutungsvolle Beschluß beruht

auf der richtigen Erkenntnis, daß das gemeinsame friedliche Aufbauwerk nur gesichert werden kann, wenn alle fortschrittlichen Kräfte zusammenarbeiten, um unserem Volk den Frieden und damit die nationale Existenz zu erhalten.

Der III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat die Aufgabe, eine ernste Analyse der Kräfte des Friedens und der Kriegstreiber in Deutschland zu geben. Angesichts des Übergangs der amerikanischen Aggressoren von der Drohung des Krieges zur bewaffneten Intervention gegen das koreanische Volk muß der Parteitag Mittel und Wege weisen, um auch den letzten schaffenden Menschen in Deutschland zu überzeugen, wer Feind und wer Freund des deutschen Volkes ist. Für alle Friedenskämpfer muß klar werden, daß die Kriegsdrohung ausschließlich aus dem Lager des USA-Imperialismus erfolgt und daß Frieden und Einheit des deutschen Volkes nur im engsten Bündnis mit der sozialistischen Sowjetunion und dem von Generalissimus Stalin geführten Weltfriedenslager gesichert werden können.

Für eine friedliche, demokratische Wirtschaft

Der II. Parteitag gab mit der Losung „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!“ der wirtschaftlichen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands Richtung und Ziel. Von entscheidender Bedeutung für die Entfaltung einer friedlichen Wirtschaft war, daß mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht „der Staatsapparat durch die Säuberung von faschistischen Elementen und die Ausübung der wichtigsten Funktionen durch überzeugte Antifaschisten und Demokraten einen neuen Charakter bekommen hat“, wie Genosse Ulbricht, stellvertretender Vorsitzender der SED, auf dem II. Parteitag feststellte. Dieser demokratische, antifaschistische Staatsapparat erhielt von dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen stärkste Unterstützung und wurde durch die Heranziehung von Volkskontrollausschüssen bei der konsequenten Einhaltung der friedlich-demokratischen Entwicklung kontrolliert. Die Volkskontrollausschüsse führten gleichzeitig einen erfolgreichen Kampf zur Verhinderung der Speku-

lation, des Diebstahls an Volkseigentum und zur Bekämpfung des schwarzen Marktes.

Entsprechend den auf dem II. Parteitag gemachten Vorschlägen beschloß der Parteivorstand in seiner Sitzung am 30. Juni 1948, der Deutschen Wirtschaftskommission einen Zweijahrplan für 1949 und 1950 mit dem Ersuchen zu überreichen, ihn als Gesetz zu beschließen. Der Parteivorstand war sich bei seiner Beschlußfassung vollkommen darüber klar, daß es nicht nur darauf ankam, richtige Zahlen für einen Zweijahrplan auszuarbeiten, sondern in erster Linie die Initiative der Massen zu entfalten, den Plan zu einer Angelegenheit aller schaffenden Menschen zu machen. Als am 13. Oktober 1948 der Bergarbeiter Adolf Hennecke, Mitglied der SED, durch verbesserte Arbeitsmethoden in einer Schicht 380 Prozent der Norm erreichte, leitete er damit eine Bewegung ein, die unter seinem Namen ein neues Verhältnis der Arbeiter und Arbeiterinnen zur Produktion in den volkseigenen und gleichgearteten Betrieben schuf. Die Henneckebewegung umfaßt heute mehr als 100000 Aktivisten, die sich nicht mehr nur das Ziel stellen, die Produktion zu erhöhen, sondern im Wettbewerb um den Titel „Brigade der ausgezeichneten Qualität“ den Ehrgeiz haben, Produkte höchster Qualität zu erzeugen.

Die Erfolge der Aktivisten, die feste antifaschistisch-demokratische Ordnung, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den schaffenden Bauern und der werktätigen Intelligenz, die gemeinsame Friedenspolitik aller antifaschistisch-demokratischen Organisationen schufen die Voraussetzungen für die Erfüllung des Solls im ersten Jahr des Zweijahrplans zu 104 Prozent. Das bedeutete eine Steigerung der Industrieproduktion von 21 Prozent gegenüber 1948. Die Industrieproduktion erhöht sich in diesem Jahr um weitere 21 Prozent, und es gibt keinen Zweifel, daß der Plan erfüllt wird.

Von entscheidender Bedeutung für die Erfüllung unseres Zweijahrplans war die große Hilfe, die uns die Sowjetregierung auf Initiative des Genossen Stalin zuteil werden ließ. Im Frühjahr 1949 konnten wir unserer Landwirtschaft 1000 sowjetische Traktoren und 540 Lastwagen übergeben. Gleichzeitig rollten aus der Sowjetunion 10 000 Tonnen Walzmaterial zur Herstellung von Ersatzteilen für Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen heran. Einen Monat später, im März 1949, bekamen unsere Stahl-